Sicherheitsreport 2011

Eine repräsentative Studie zum Thema Sicherheit in Deutschland
im Auftrag von T-Systems

INHALT

Vorwort (Reinhard Clemens) 3

Einführung (Prof. Dr. Klaus Schweinsberg / Dr. Oliver Bruttel / Dr. Rüdiger Schulz) 4

Unsichere Zeiten – wovor sich die Deutschen fürchten 5

Ein Sicherheitsindex für Deutschland 8

Das Spannungsfeld zwischen persönlicher Freiheit und innerer Sicherheit 9

Technischer Fortschritt – Fluch oder Segen? 11

Sicherheit – denken die Entscheider in Politik und Wirtschaft anders als der Durchschnittsbürger? 13

Das Internet als Gefahrenquelle aus Sicht der Bevölkerung 18

IT-Sicherheit als zunehmend brisantes Thema für Unternehmen 26

Schutz vor Cyber-Kriminalität als Herausforderung für die Politik 30

Herausgeber:
Deutsche Telekom / T-Systems

Konzeption und Durchführung der Studie:
Institut für Demoskopie
Allensbach am Bodensee

Centrum für Strategie und Höhere Führung
Bodman am Bodensee

Ansprechpartner:
Harald Lindlar
harald.lindlar@telekom.de
Prof. Dr. Klaus Schweinsberg
klaus.schweinsberg@glh-online.com

Die Sorge vor zunehmender Cyberkriminalität steigt. Auch wenn die Ängste der Bevölkerung nach wie vor von den unmittelbaren persönlichen Gefahren wie Einkommensverlust, Arbeitslosigkeit, schweren Erkrankungen oder klassischer Kriminalität geprägt sind, befürchten immer mehr Menschen einen Anstieg der Bedrohungen aus dem Internet.

In Wirtschaft und Politik überwiegt schon heute die Sorge vor dem Cyberwar. Zwei von drei Firmen mussten sich bereits gegen Attacken aus dem Netz wehren. Rund 70 Prozent befürchten in den nächsten Jahren deutlich häufiger Hackerangriffe als bisher. Fast alle räumen daher der Cybersicherheit in ihren Unternehmen einen hohen bis sehr hohen Stellenwert ein.

Sind die Sorgen der Menschen vor den digitalen Gefahren und einem Cyberwar berechtigt, oder sind sie Ausdruck übertriebener Panikmache? Aktuelle Zahlen des Bundeskriminalamtes zur Wirtschaftskriminalität in Deutschland sprechen eine klare Sprache. 2010 ist die Zahl der Internetkriminalität um 190 Prozent auf mehr als 31.000 Fälle gestiegen. Mit dem Computervirus Stuxnet sollte im Jahr 2010 erstmals ein Schadprogramm Betriebsabläufe in Raffinerien, Kraftwerken oder Fabriken manipulieren. Dies hätte nicht nur Unternehmen schädigen, sondern Katastrophen auslösen können. Die Fälle von Datenmissbrauch scheinen sich besonders in diesem Jahr zu häufen und die Zahl der elektronischen Angriffe auf Bundesbehörden ist im Jahr 2010 mit mehr als 2.100 Attacken um rund 40 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

Müssen wir mit dieser Entwicklung leben? Jede neue Technologie bringt neben Chancen auch Risiken, die sich wiederum durch neue Lösungen minimieren lassen. So hat sich etwa die Zahl der Verkehrstoten dank immer besseren aktiven und passiven Schutzmaßnahmen in den Autos kontinuierlich verringert. Der Gefahr steht aber auch Hilfe aus dem Netz gegenüber. So werden Privatpersonen wie Unternehmen künftig immer mehr Schutz vor Cyberkriminalität über das Internet bekommen – für jeden zugänglich und erschwinglich, unabhängig davon, ob das Endgerät ein PC, Notebook oder Smartphone ist.

Trotz aller technischen Vorkehrungen lassen sich aber die Gefahren niemals gänzlich ausschließen. Dies gilt auch in der digitalen Welt. Es wird immer Kriminelle geben, die nach einem Sicherheitsleck suchen und damit Menschen und Unternehmen schädigen wollen. Daher gilt es mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln, den Kampf gegen die Cyberkriminalität zu verstärken. Schließlich gehören Informations- und Kommunikationsinfrastrukturen neben Energie und Wasser zu den kritischen Lebensadern eines modernen, zukunftsorientierten Staates.

Daher sind alle Teile der Gesellschaft im Kampf gegen jede Form der Gewalt und Kriminalität gefragt: Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Bevölkerung. Es ist eine gemeinsame Aufgabe, die Chancen einer digitalen Welt zu nutzen und die Risiken zu verringern. Wir sollten uns nicht durch die Gefahren aufhalten lassen und stattdessen die Entwicklung unseres Landes vorantreiben.

Reinhard Clemens
Vorstand Deutsche Telekom und CEO T-Systems

Das Thema Sicherheit wird in den nächsten Jahren in all seinen Facetten ein bestimmendes Thema der öffentlichen Debatte werden. Zwar hat für die Bevölkerung die Bedeutung der Bekämpfung „klassischer" Kriminalität als politische Priorität in den vergangenen zwei Jahrzehnten stetig abgenommen, dafür sind neue Gefahren hinzugetreten: von der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus nach den Anschlägen vom 11. September 2001 über Risiken bei der Internetnutzung, Sorgen beim Datenschutz, veritablen Hackerangriffen bis hin zu Risiken im Gesundheits- und Lebensmittelbereich wie Schweinegrippe oder zuletzt EHEC.

Vor diesem Hintergrund hat T-Systems das Centrum für Strategie und Höhere Führung und das Institut für Demoskopie Allensbach mit der Konzeption bzw. Erstellung eines umfassenden Sicherheitsreports für Deutschland beauftragt. Darin soll zum einen das persönliche Sicherheitsgefühl der Bevölkerung, zum anderen aber auch die Risikoeinschätzung von Entscheidungsträgern aus Wirtschaft und Politik untersucht werden. Neben der Bewertung einer breiten Palette unterschiedlicher Risiken lag der Schwerpunkt der Bevölkerungsbefragung auf dem Thema „Cybersecurity". Bei den Entscheidungsträgern aus Wirtschaft und Politik wurden neben der vergleichenden Risikobewertung in unterschiedlichen Sicherheitsbereichen vor allem IT- und Datenschutzthemen vertieft, wie beispielsweise Fragen zur Bedrohung durch Hacker-Angriffe.

Die Untersuchung stützt sich zum einen auf 1.751 Interviews mit einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung ab 16 Jahre. Die Interviews wurden persönlich-mündlich (face-to-face) zwischen dem 2. und 15. Juli 2011 durchgeführt. Zum anderen wurden parallel dazu 330 Interviews mit einem repräsentativen Querschnitt von Abgeordneten aus Bundestag, Landtagen und deutschen Abgeordneten aus dem Europaparlament sowie Top-Führungskräften aus der Wirtschaft, also z. B. Geschäftsführer, Vorstände oder Bereichsleiter, in großen Unternehmen aller Branchen befragt. Als Großunternehmen gelten gemäß der Definition der EU-Kommission Unternehmen mit mindestens 250 Beschäftigten und/oder einem Jahresumsatz von mehr als 50 Millionen Euro. Die Interviews mit den Entscheidungsträgern wurden zwischen dem 22. Juni und 20. Juli 2011 durchgeführt.

In diesem Berichtsband werden die wichtigsten Erkenntnisse dieser beiden Studien zusammenfassend berichtet und kommentiert.

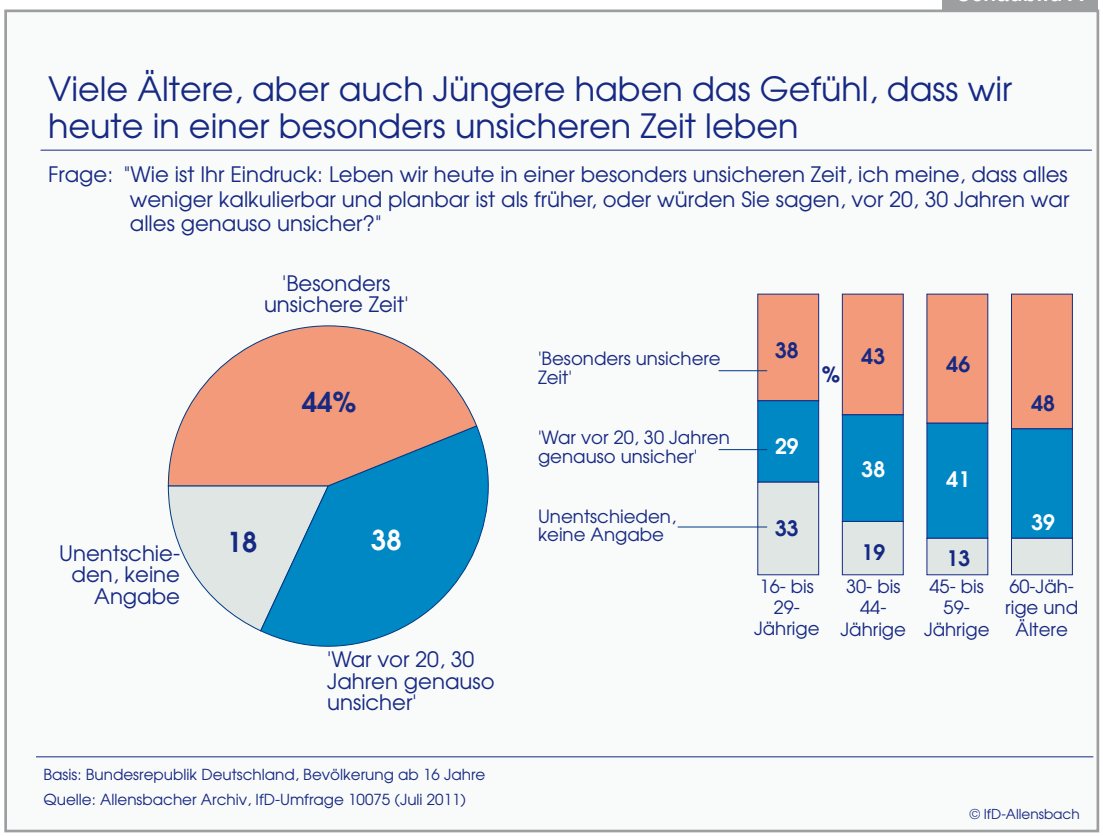
Dr. Oliver Bruttel
Dr. Rüdiger Schulz
Institut für Demoskopie
Allensbach am Bodensee

Prof. Dr. Klaus Schweinsberg
Centrum für Strategie und Höhere Führung
Bodman am Bodensee

Unsichere Zeiten – wovor sich die Deutschen fürchten

Die Gewährleistung der eigenen Sicherheit ist für viele Menschen eine wichtige Quelle von Lebensqualität. Sicherheit bedeutet dabei nicht nur Schutz vor konkreten äußeren Risiken, z. B. vor Kriminalität, im Lebensmittelbereich oder beim Schutz persönlicher Daten, sondern gerade auch Verlässlichkeit und Planbarkeit des eigenen Lebens. Gerade dies aber sieht die Bevölkerung immer weniger als gegeben: Eine relative Mehrheit von 44 Prozent der Bevölkerung hat den Eindruck, dass wir heute in einer besonders unsicheren Zeit leben, in der alles weniger kalkulierbar und planbar ist als noch vor 20 oder 30 Jahren. Bei den Über-45-Jährigen, die diesen Vergleich aus eigener Erfahrung ziehen können, ist sogar fast die Hälfte dieser Auffassung, aber auch von den Unter-30-Jährigen gut jeder Dritte (Schaubild A).

Schaubild A



Die von der Bevölkerung als persönliche Gefahr wahrgenommenen Risiken lassen sich in Gruppen zusammenfassen: Die Sorge um das körperliche und wirtschaftliche Wohlergehen, die Sorge um die Sicherheit persönlicher Daten und die Angst vor klassischer Kriminalität und Verkehrsunfällen.

Angeführt wird die „Sorgenliste“ der Bundesbürger aktuell durch das Thema Inflation: 44 Prozent der Bürger machen sich große Sorgen, weitere 40 Prozent etwas Sorgen um die Inflation und damit eine sinkende Kaufkraft ihres Einkommens. Nur 13 Prozent machen sich kaum oder gar keine Sorgen um eine Geldentwertung. Ähnlich besorgt ist die Bevölkerung um einen möglichen persönlichen Einkommensverlust, dass einem also weniger Geld zum Leben zur Verfügung stehen könnte. 43 Prozent machen sich hierum große Sorgen. Arbeitslosigkeit wird von 28 Prozent der Bevölkerung, beziehungsweise von 30 Prozent der Vollzeit Berufstätigen, als großes persönliches Risiko gesehen. In ähnlich hohem Maße fürchten sich die Menschen in Deutschland nur noch davor, an einer lebensbedrohlichen Krankheit wie Krebs zu erkranken (41 Prozent).

Möglicherweise verunreinigte, belastete Nahrungsmittel sind für 37 Prozent Anlass zur Sorge. Durch einen möglichen Unfall in einem Kernkraftwerk fühlen sich 26 Prozent persönlich bedroht, ebenso viele machen sich große Sorgen um schwere ansteckende Krankheiten wie Vogelgrippe, Schweinegrippe oder EHEC. Terroranschläge und Naturkatastrophen nimmt rund jeder fünfte Bürger als großes Risiko wahr. Dass Deutschland in einen Krieg bzw. militärische Auseinandersetzungen verwickelt werden könnte, ist für 15 Prozent Anlass zur Sorge.

1 Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu beachten, dass die Befragung in der ersten Julihälfte 2011 stattfand, in der insbesondere die EHEC-Epidemie und in begrenztem Umfang vermutlich auch das Unglück im Kernkraftwerk Fukushima der Bevölkerung noch sehr präsent waren.

Gleichauf mit der Angst vor Arbeitslosigkeit rangiert inzwischen die Furcht vor Datenmissbrauch. Durch mangelnde Datensicherheit fühlen sich inzwischen viele Bürger persönlich bedroht: 28 Prozent machen sich große Sorgen darüber, dass ihre persönliche Daten unerlaubt weitergegeben werden könnten. 27 Prozent sehen den Datenbetrug im Internet als Risiko an, z. B. indem unerlaubt auf Bankkonten zugegriffen wird. EC-Kartenbetrug mit manipulierten Bankautomaten nennen 26 Prozent der Bevölkerung als großes Risiko für sich selbst, 18 Prozent sorgen sich vor einem Befall des eigenen Computers durch ein Schadprogramm. Aber auch, dass der Staat die Bürger zu sehr überwacht, sehen 18 Prozent als persönliches Risiko.

Immerhin jeder Vierte macht sich große Sorgen, Opfer eines Gewaltverbrechens zu werden. 19 Prozent sehen in Diebstahl, Einbruch oder ähnlichen Verbrechen eine Gefahr für die persönliche Sicherheit. In einen Verkehrsunfall verwickelt zu sein, empfinden 13 Prozent als großes persönliches Risiko (Schaubild B).

Schaubild B

Sorgenkatalog der Bevölkerung

Frage: "Hier auf diesen Karten stehen einige Risiken und Gefahren, denen man ausgesetzt sein kann. Bei welchen dieser Risiken haben Sie für sich selbst die meisten Befürchtungen, wovon fühlen Sie sich selbst am ehesten bedroht? Bitte verteilen Sie die Karten auf das Blatt hier, je nachdem, ob Sie sich persönlich darüber große Sorgen, etwas Sorgen, oder kaum bzw. gar keine Sorgen machen."
(Kartenspiel- und Bildblattvorlage, Mehrfachangaben)

	Darüber mache ich mir persönlich – 'große Sorgen'	'etwas Sorgen'	'kaum, gar keine Sorgen'	Keine Angabe
Inflation, dass das Geld immer weniger wert ist	44 %	40	13	3
Einkommensverlust, dass man weniger Geld zum Leben hat	43	40	14	3
Lebensbedrohliche Krankheiten wie Krebs	41	40	17	2
Verunreinigte, belastete Nahrungsmittel, Nahrungsmittelskandale	37	45	15	3
Arbeitslosigkeit	28	34	36	2
Missbrauch von persönlichen Daten, z.B. dass persönliche Daten unerlaubt weitergegeben werden	28	46	24	2
Datenbetrug im Internet, z.B. dass unerlaubt auf Bankkonten zugegriffen wird	27	41	30	2
Radioaktive Verstrahlung, z.B. durch einen Unfall in einem Kernkraftwerk	26	40	31	3
Schwere ansteckende Krankheiten wie Vogelgrippe, Schweinegrippe oder EHEC	26	45	26	3
EC-Karten-Betrug mit manipulierten Bankautomaten	26	44	27	3
Gewaltverbrechen wie z.B. Körperverletzung, Raubüberfälle	25	43	30	2
Terroranschläge	22	41	34	3
Naturkatastrophen wie Hochwasser, schwere Stürme usw.	20	44	33	3
Diebstahl, Einbruch und ähnliche Verbrechen	19	48	30	3
Dass der Staat die Bürger zu sehr überwacht, z.B. Internet- oder Telefonverbindungen	18	41	38	3
Computerviren, dass Computer von schädlichen Programmen befallen werden	18	38	42	2
Krieg bzw. militärische Auseinandersetzungen, in die Deutschland verwickelt ist	15	38	45	2
Verwicklung in einen Verkehrsunfall	13	42	43	2

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10075 (Juli 2011)

© IfD-Allensbach

Befragt wurde die Bevölkerung auch danach, in welchen Bereichen ihr Schutz besonders wichtig ist bzw. vor welchen Risiken man besonders gut geschützt werden will. Vergleicht man den persönlichen Sorgenkatalog der Bürger mit den Bereichen, in denen sich die Bevölkerung einen besonders guten Risikoschutz wünscht, wird zunächst deutlich, dass das Schutzinteresse generell ausgeprägter ist als die derzeitig gefühlte persönliche Bedrohung. So machen sich beispielsweise 44 Prozent der Bevölkerung große Sorgen um die Inflation, aber mehr als der Hälfte (55 Prozent) ist der Schutz davor ganz besonders wichtig. Bei Einkommensverlust und lebensbedrohlichen Krankheiten ist das Verhältnis zwischen persönlicher Sorge und Schutzinteresse ähnlich.

Insbesondere bei externen Gefahrenquellen für die eigene Gesundheit – namentlich Lebensmittelverunreinigungen, Radioaktivität und schweren, ansteckenden Krankheiten – ist das Schutzinteresse sichtlich ausgeprägter als das subjektiv gefühlte Bedrohungspotenzial. So ist es 59 Prozent der Bürger besonders wichtig, vor verunreinigten Lebensmitteln geschützt zu sein, aber „nur“ 37 Prozent machen sich persönlich große Sorgen, durch belastete Lebensmittel zu erkranken. Der Schutz vor radioaktiver Strahlung ist 49 Prozent der Bevölkerung besonders wichtig, aber „nur“ gut jeder Vierte macht sich große Sorgen um einen Unfall in einem Kernkraftwerk.

Ein ausgeprägtes Schutzinteresse der Bundesbürger besteht auch im Falle des Missbrauchs persönlicher Daten, Datenbetrug im Internet sowie EC-Karten-Betrug.

Ähnliche Muster, allerdings auf niedrigerem Niveau, sind bei Themen der inneren und äußeren Sicherheit erkennbar. Das Schutzinteresse der Bevölkerung vor Gewaltverbrechen, Terroranschlägen oder kriegerischen Auseinandersetzungen ist deutlich ausgeprägter als die persönliche Besorgnis über diese Risiken (Schaubild C).

Schaubild C

Persönliche Sorgen und Risikoprävention im Vergleich

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10075 (Juli 2011)

© IfD-Allensbach

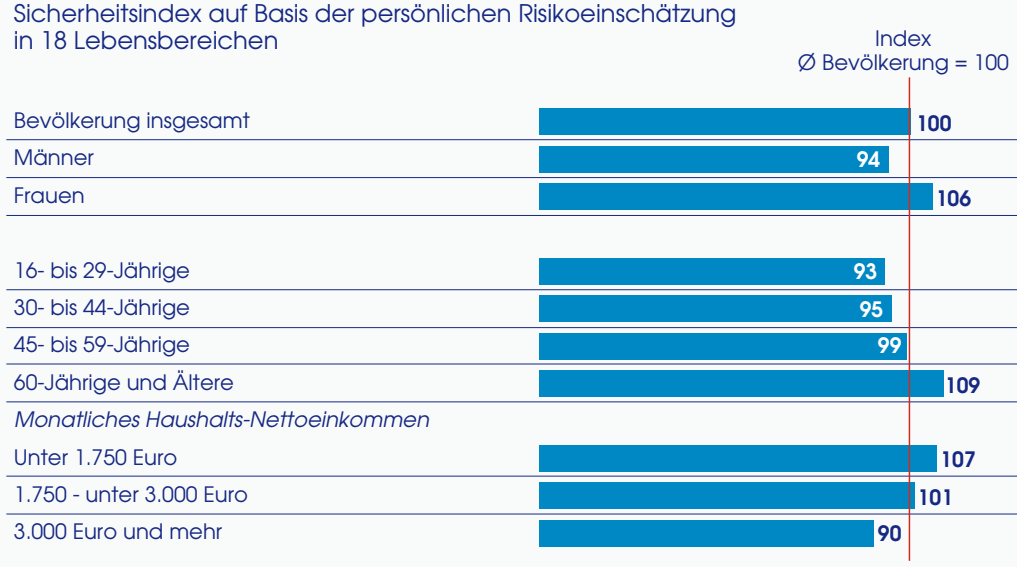
Ein Sicherheitsindex für Deutschland

Aus der Bewertung der verschiedenen Einzelrisiken lässt sich ein Sicherheitsindex ableiten, der das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung kumuliert widerspiegelt. Der Sicherheitsindex wurde auf Basis der Prozentwerte der Risiken gebildet, über die man sich große Sorgen (also die höchste der drei möglichen Kategorien) macht. Ausgehend vom Durchschnitt der Bevölkerung (Index = 100) lässt sich das subjektive Risikoempfinden einzelner Bevölkerungsgruppen analysieren. Dabei zeigt sich, dass Frauen, Ältere sowie Personen aus unteren Einkommensschichten sich persönlich überdurchschnittlich stark bedroht fühlen: Frauen fühlen sich mit einem Indexwert von 106 überdurchschnittlich gefährdet. Über-60-Jährige stufen ihre Risikosituation mit einem Indexwert von 109 ebenfalls höher ein als der Durchschnitt der Bürger (Schaubild D).

Schaubild D

Kumulierte Gefahreneinschätzung nach Bevölkerungskreisen

Sicherheitsindex auf Basis der persönlichen Risikoeinschätzung in 18 Lebensbereichen



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre, kumulierte persönliche Sorgen: Summe der Prozentangaben ("Mache mir große Sorgen")
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10075 (Juli 2011)

© IfD-Allensbach

2 Dazu wurden die Prozentwerte für die Risiken addiert, die den Befragten große Sorgen bereiten. Für die Gesamtbevölkerung ergibt sich dabei eine Summe von 436 Prozent (Index = 100). Auch für die einzelnen Bevölkerungskreise wurden die Prozentwerte addiert und durch den Wert für die Gesamtbevölkerung dividiert, wodurch ein Indexwert im Vergleich zur Gesamtbevölkerung ermittelt wurde.

Das Spannungsfeld zwischen persönlicher Freiheit und innerer Sicherheit

Das Verhältnis von persönlicher Freiheit und innerer Sicherheit ist nicht erst seit den Anschlägen vom 11. September 2001 eines der großen politischen Spannungsfelder. Stellt man die Bürger vor die Entscheidung, ob sie im Zweifelsfall eher für ein Höchstmaß an persönlicher Freiheit oder aber für möglichst große Sicherheit vor Verbrechen votieren würden, halten sich Freiheit und Sicherheit die Waage. Für 44 Prozent ist die persönliche Freiheit am wichtigsten, für ebenso viele die Sicherheit vor Verbrechen. Die ältere Generation ist dabei erkennbar sicherheitsaffiner. Von den Über-60-Jährigen würden sich 62 Prozent im Zweifelsfall für die Sicherheit, nur 27 Prozent für die persönliche Freiheit entscheiden. In der jüngeren Generation ist das Verhältnis gerade umgekehrt. 57 Prozent der 16- bis 29-Jährigen, die sich für die Freiheit entscheiden, stehen 30 Prozent gegenüber, die sich im Zweifel für möglichst große Sicherheit entscheiden würden (Schaubild E).

Schaubild E

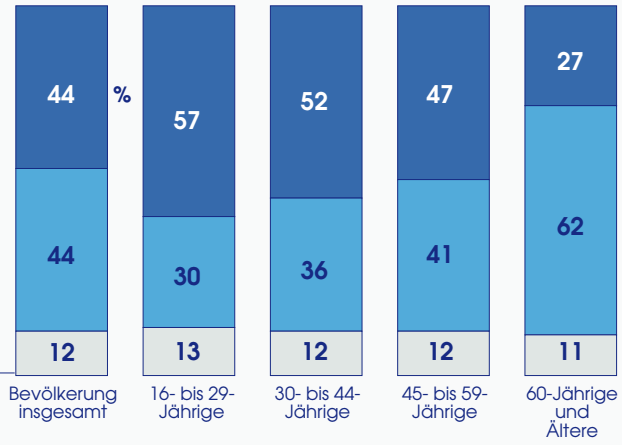
Dialog zu den Werten Freiheit und Sicherheit: Ältere sind deutlich sicherheitsaffiner

Frage: "Hier unterhalten sich zwei, was letzten Endes wohl wichtiger ist, Freiheit oder möglichst große Sicherheit – wenn Sie das bitte einmal durchlesen. Welcher der beiden sagt eher das, was auch Sie denken?" (Bildblattvorlage)

Obere:
"Ich finde Freiheit und möglichst große Sicherheit eigentlich beide wichtig. Aber wenn ich mich für eines davon entscheiden müsste, wäre mir die persönliche Freiheit am wichigsten, also dass jeder in Freiheit leben und sich ungehindert entfalten kann."

Untere:
"Sicher sind Freiheit und möglichst große Sicherheit wichtig. Aber wenn ich mich für eines davon entscheiden müsste, fände ich eine möglichst große Sicherheit am wichtigsten, dass man also sicher leben kann und vor Verbrechen wirklich geschützt ist."

Unentschieden



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10075 (Juli 2011)

© IfD-Allensbach

Im längerfristigen Vergleich zeigt sich, dass die Einstellungen der Bevölkerung zu Freiheit und Sicherheit recht stabil sind. In der Vergangenheit neigte die Bevölkerung im Zweifelsfall eher zur größtmöglichen Sicherheit. Besonders deutlich war dies unmittelbar nach den Anschlägen vom 11. September 2001 der Fall, als diese Frage erstmals gestellt wurde.

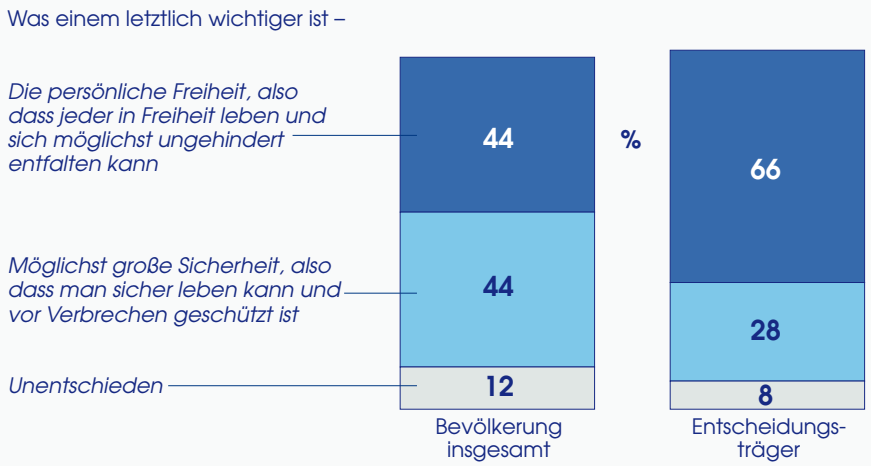
	Bevölkerung ab 16 Jahre			
	Nov. 2001 %	Aug. 2004 %	Juli 2006 %	Juli 2011 %
Was einem letztlich wichtiger ist: Die persönliche Freiheit, also dass jeder in Freiheit leben und sich möglichst ungehindert entfalten kann	34	39	42	44
Möglichst große Sicherheit, also dass man sicher leben kann und vor Verbrechen geschützt ist	52	48	44	44

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 10075

Entscheidungsträger aus Wirtschaft und Politik messen im Gegensatz zur Bevölkerung der Freiheit weitaus größere Bedeutung bei: Zwei Drittel würden sich im Zweifelsfall eher für ein Höchstmaß an persönlicher Freiheit, nur 28 Prozent für größtmögliche Sicherheit entscheiden (Schaubild F).

Schaubild F

Freiheit und Sicherheit – unterschiedliche Präferenzen von Bevölkerung und Entscheidungsträgern



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft sowie Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 6220 und 10075 (Juli 2011)

© IfD-Allensbach

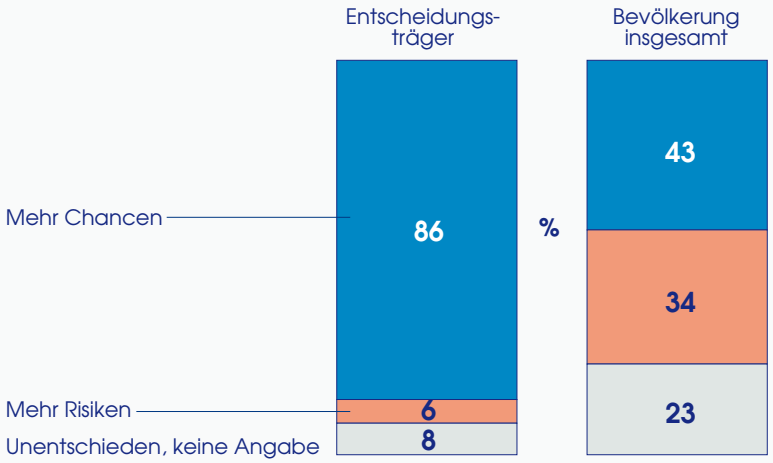
Technischer Fortschritt – Fluch oder Segen?

Auch bei der Bewertung von Chancen und Risiken des technischen Fortschritts unterscheiden sich Entscheidungsträger und Bevölkerung deutlich. Führungskräfte und Abgeordnete sind fast einstimmig der Auffassung, dass der technische Fortschritt mehr Chancen als Risiken mit sich bringt. 86 Prozent sehen im technischen Fortschritt mehr Chancen als Risiken. Demgegenüber ist die Bevölkerung skeptischer. Zwar ist auch eine relative Mehrheit der Bevölkerung (43 Prozent) davon überzeugt, dass der technische Fortschritt überwiegend Chancen bringt, aber immerhin stehen für fast jeden dritten Bürger die Risiken im Vordergrund (Schaubild G).

Schaubild G

Die Chancen des technischen Fortschritts überwiegen, vor allem aus Sicht der Entscheider

Frage: "Glauben Sie, dass der technische Fortschritt mehr Chancen oder mehr Risiken mit sich bringt?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft sowie Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 6220 und 10075 (Juli 2011)

© IfD-Allensbach

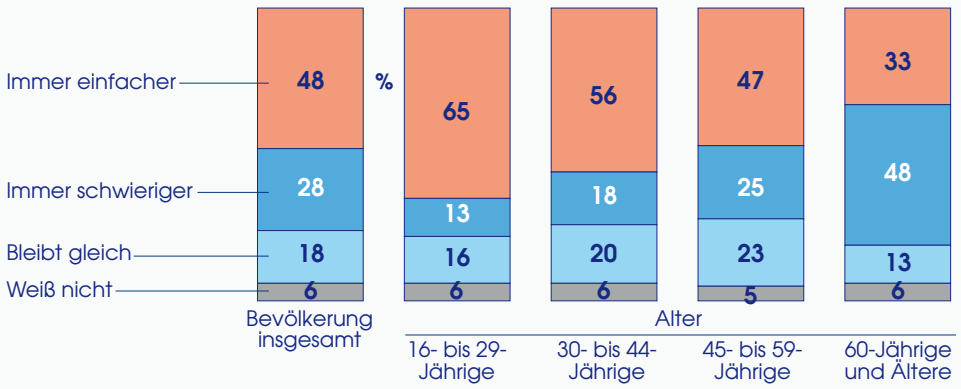
Männer, Angehörige der höheren Bildungsschichten sowie die jüngere Generation sehen den technischen Fortschritt weitaus positiver als Frauen, die unteren Bildungsschichten und insbesondere die 60-Jährigen und Älteren. Die Über-60-Jährigen sind die einzige Gruppe, die mehrheitlich überzeugt ist, dass der technische Fortschritt mehr Risiken als Chancen birgt. Bemerkenswert ist der Abstand zwischen Männern und Frauen. Während 48 Prozent der Männer den technischen Fortschritt überwiegend positiv sehen, schließen sich nur 38 Prozent der weiblichen Bevölkerung dieser optimistischen Sichtweise an.

Erhebliche Unterschiede zwischen den Generationen gibt es in der Bevölkerung bei der Bewertung, inwiefern der technische Fortschritt den Menschen nutzt. Knapp die Hälfte der Bevölkerung (48 Prozent) ist der Auffassung, dass der Fortschritt der Technik das Leben für die Menschen immer einfacher macht, 28 Prozent meinen hingegen, dass das Leben dadurch immer schwieriger wird. Der Optimismus gegenüber dem technischen Fortschritt nimmt mit dem Alter deutlich ab. 65 Prozent der 16- bis 29-Jährigen glauben, dass technischer Fortschritt den Alltag erleichtert. Mit 56 Prozent ist auch die Mehrheit der 30- bis 44-Jährigen dieser Auffassung. Von den Über-60-Jährigen ist hingegen fast jeder Zweite (48 Prozent) davon überzeugt, dass die Technik das Leben der Menschen eher schwieriger gemacht hat (Schaubild H).

Schaubild H

Macht der technische Fortschritt das Leben der Menschen einfacher oder schwieriger?

Frage: "Glauben Sie, dass der Fortschritt der Technik das Leben für die Menschen immer einfacher oder immer schwieriger macht?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10075 (Juli 2011)

© IfD-Allensbach

Sicherheit – denken die Entscheider in Politik und Wirtschaft anders als der Durchschnittsbürger?

Neben den persönlichen Sorgen der Bevölkerung wurde auch ermittelt, worin die Bürger sowie die Entscheidungsträger die größten Risiken für die Gesellschaft insgesamt sehen. Die Einschätzung der Bevölkerung zu den gesellschaftlichen Risiken spiegelt dabei einerseits die eigenen Sorgen – Furcht vor materieller Verschlechterung und Gesundheitsrisiken – wider. Aber auch Datenmissbrauch, insbesondere im Internet, stuft die Bevölkerung als große Gefahr für die Menschen in Deutschland ein.

Als größtes Risiko sieht die Bevölkerung die Arbeitslosigkeit. Sie stellt aus Sicht von 62 Prozent der Bevölkerung ein großes Risiko für die Menschen in Deutschland dar. Weitere 31 Prozent sehen darin ein weniger großes Risiko, nur 5 Prozent ein geringes bzw. gar kein Risiko. Einkommensverlust und Inflation werden von 57 bzw. 54 Prozent als großes Risiko gesehen. Unter den Gesundheitsgefahren werden vor allem lebensbedrohliche Krankheiten (57 Prozent) sowie verunreinigte Lebensmittel (52 Prozent) als große Risiken für die Bevölkerung empfunden.

Auch Missbrauch von persönlichen Daten sowie Datenbetrug im Internet stellen für gut die Hälfte der Bevölkerung große gesellschaftliche Risiken dar. EC-Karten-Betrug und Computerviren werden von mehr als einem Drittel (37 bzw. 35 Prozent) als großes Risiko für die Menschen in Deutschland wahrgenommen. Das Risiko für die Gesellschaft insgesamt wird in diesen Bereichen fast doppelt so hoch bewertet wie die persönliche Bedrohung durch diese Gefahren, die von 18 bis 28 Prozent als besonders groß eingeschätzt wird (vgl. Schaubild B oben). Damit wird diesen Themen ein deutlich größeres gesellschaftliches Bedrohungspotenzial zugebilligt als der „klassischen" Kriminalität in Form von Gewaltverbrechen (37 Prozent), Terroranschlägen (36 Prozent) sowie Diebstahl oder Einbruch (28 Prozent).

Noch ernster als die Bevölkerung nehmen die Entscheidungsträger aus Wirtschaft und Politik das Thema Datensicherheit und IT-Sicherheit. Sie sehen darin mit Abstand die größte Gefahrenquelle. 67 Prozent der Entscheidungsträger sehen im Datenbetrug im Internet ein großes Risiko, 64 Prozent im Missbrauch von persönlichen Daten. Für 59 Prozent geht von Computerviren ein großes Risiko aus. EC-Karten-Betrug folgt mit einigem Abstand (38 Prozent). Demgegenüber empfinden Entscheidungsträger aus Wirtschaft und Politik Gefahrenquellen in anderen Lebensbereichen als deutlich weniger risikorelevant für die Gesellschaft (Schaubild I).

In der Gesamtbevölkerung wird die Gefahreneinschätzung im Internet auch von Personen geteilt, die selbst nicht im Internet aktiv sind. Dass Datenbetrug im Internet ein großes Risiko für die Bevölkerung darstellt, meinen 52 Prozent der Internetnutzer, aber auch 46 Prozent der Nicht-Internetnutzer. Computerviren stufen 38 Prozent der Internetnutzer, aber auch 27 Prozent der Nicht-Internetnutzer als großes gesellschaftliches Risiko ein:

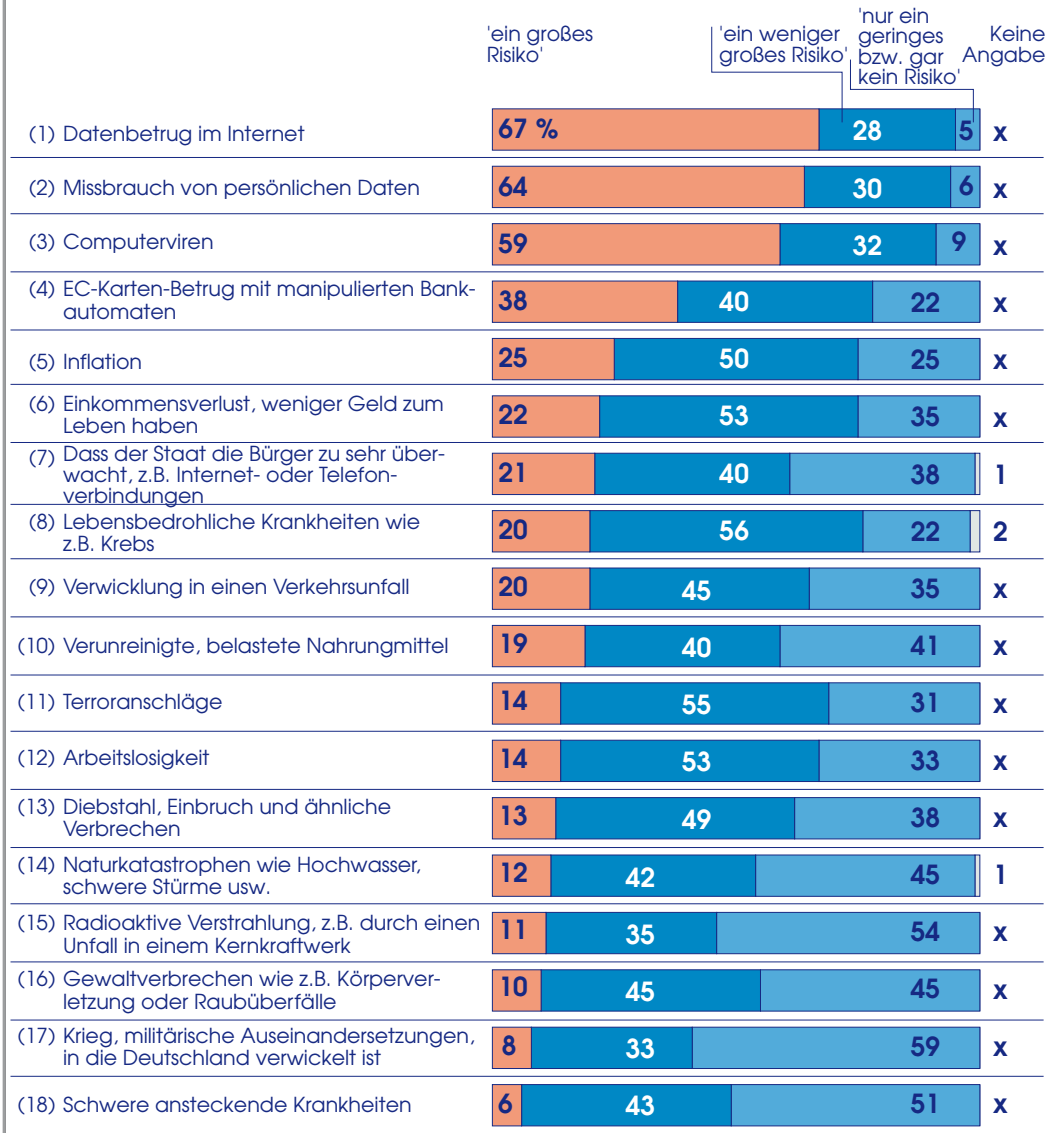
	Bevölkerung ab 16 Jahre	
Das stellt für die Menschen in Deutschland ein großes Risiko dar:	**Internet-nutzer %**	**Nicht-Internetnutzer %**
Datenbetrug im Internet	**52**	**46**
Computerviren	**38**	**27**

Schaubild I

Die Risikowahrnehmung von Entscheidern aus Politik und Wirtschaft

Frage: "Ich lese Ihnen jetzt mögliche Risiken und Gefahren für die Menschen in Deutschland vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob das Ihrer Meinung nach für die Menschen in Deutschland ein großes Risiko, eine große Gefahr oder ein weniger großes Risiko, oder nur ein geringes Risiko bzw. gar kein Risiko darstellt."

Das stellt für die Menschen in Deutschland dar –



x = unter 0,5 Prozent

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft

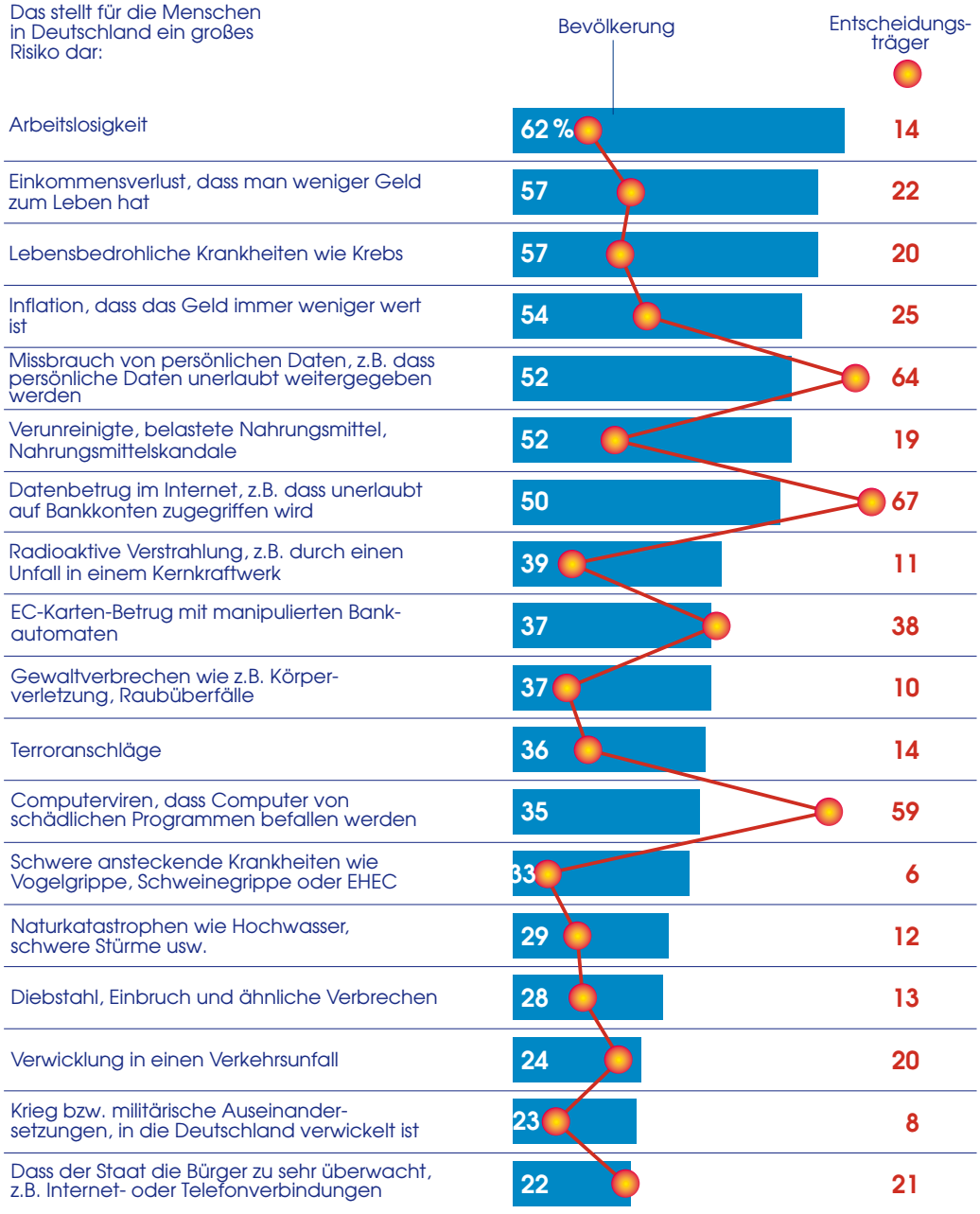
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6220 (Juli 2011)

© IfD-Allensbach

Ein direkter Vergleich der Einschätzungen von Bevölkerung und Entscheidungsträgern verdeutlicht die unterschiedliche Risikowahrnehmung. Die divergierende Rangfolge der Risiken aus Bevölkerungs- bzw. Entscheidersicht betrifft vor allem zwei Komponenten: Zum einen misst die Bevölkerung der Sicherheit des Einkommens, das in erster Linie aus Erwerbsarbeit generiert wird, sowie gesundheitlichen Risiken deutlich mehr Bedeutung bei als die Entscheidungsträger. Zum anderen ist unter den Entscheidungsträgern die Risikobewertung von Daten- und IT-Sicherheit weit stärker ausgeprägt als in der Bevölkerung, die diese Themen auch schon als relevante Risiken registriert (Schaubild J).

Schaubild J

Risikowahrnehmung von Bevölkerung und Entscheidern im Vergleich



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre sowie Entscheidungsträger aus Wirtschaft und Politik

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10075 und 6220 (Juli 2011)

© IfD-Allensbach

Für die Zukunft geht die Bevölkerung in einigen Bereichen von einer (deutlichen) Zunahme der Risiken aus, in anderen erwartet sie dagegen überwiegend eine gleichbleibende, teilweise sogar sinkende Gefährdungslage. Bereiche, in denen die Risiken aus Sicht der Bevölkerung steigen werden, sind:

- Datensicherheit und IT
- Naturkatastrophen
- Einkommen und Inflation
- Verunreinigte, belastete Nahrungsmittel

Jeweils (deutlich) mehr als die Hälfte der Bürger sieht in diesen Bereichen ein wachsendes Gefährdungspotenzial. 70 Prozent der Bürger glauben, dass der Missbrauch von persönlichen Daten sowie der Datenbetrug im Internet in Zukunft zunehmen werden. Eine steigende Bedrohung durch Computerviren und EC-Karten-Betrug erwarten 60 Prozent. Einkommensverlust und Inflation werden von 65 bzw. 63 Prozent als zunehmendes Risiko gesehen; verunreinigte Lebensmittel von 56 Prozent.

In den anderen Bereichen wie „klassischer" Kriminalität, Terroranschlägen, aber auch Gesundheitsgefahren durch lebensbedrohliche Krankheiten, radioaktiver Verstrahlung oder Arbeitslosigkeit erwartet die Mehrheit der Bevölkerung keine Zunahme, sondern geht von einem konstanten, teils sogar sinkenden Risiko aus (Schaubild K).

Schaubild K

Risiken, die aus Sicht der Bevölkerung in Deutschland in Zukunft zu- bzw. abnehmen werden

Frage: "Hier auf diesen Karten stehen einige mögliche Risiken bzw. Gefahren für die Menschen in Deutschland. Welche dieser Risiken werden in Zukunft zunehmen, von welchen wird eine größere Gefahr ausgehen als heute, und welche Risiken werden zurückgehen, wo wird die Gefahr geringer, und bei welchen wird sich nicht viel ändern?" (Kartenspiel- und Bildblattvorlage, Mehrfachangaben)

Diese Gefahr, dieses Risiko wird in Deutschland in Zukunft –

	'zunehmen'	'geringer werden'	'Da wird sich nicht viel ändern'	Keine Angabe
Missbrauch von persönlichen Daten, z.B. dass persönliche Daten unerlaubt weitergegeben werden	70 %	10	19	1
Datenbetrug im Internet, z.B. dass unerlaubt auf Bankkonten zugegriffen wird	70	12	18	x
Naturkatastrophen wie Hochwasser, schwere Stürme usw.	66	11	22	1
Einkommensverlust, dass man weniger Geld zum Leben hat	65	10	25	x
Inflation, dass das Geld immer weniger wert ist	63	13	23	1
Computerviren, dass Computer von schädlichen Programmen befallen werden	60	13	26	1
EC-Karten-Betrug mit manipulierten Bankautomaten	60	15	25	x
Verunreinigte, belastete Nahrungsmittel, Nahrungsmittelskandale	56	14	30	x
Schwere ansteckende Krankheiten wie Vogelgrippe, Schweinegrippe oder EHEC	48	16	36	x
Gewaltverbrechen wie z.B. Körperverletzung, Raubüberfälle	48	14	38	x
Terroranschläge	44	18	38	x
Dass der Staat die Bürger zu sehr überwacht, z.B. Internet- oder Telefonverbindungen	42	19	38	1
Diebstahl, Einbruch und ähnliche Verbrechen	40	14	46	x
Lebensbedrohliche Krankheiten wie Krebs	38	19	42	1
Radioaktive Verstrahlung, z.B. durch einen Unfall in einem Kernkraftwerk	33	28	38	1
Arbeitslosigkeit	30	30	39	1
Krieg bzw. militärische Auseinandersetzungen, in die Deutschland verwickelt ist	28	25	46	1
Verwicklung in einen Verkehrsunfall	11	24	64	1

x = unter 0,5 Prozent

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10075 (Juli 2011)

© IfD-Allensbach

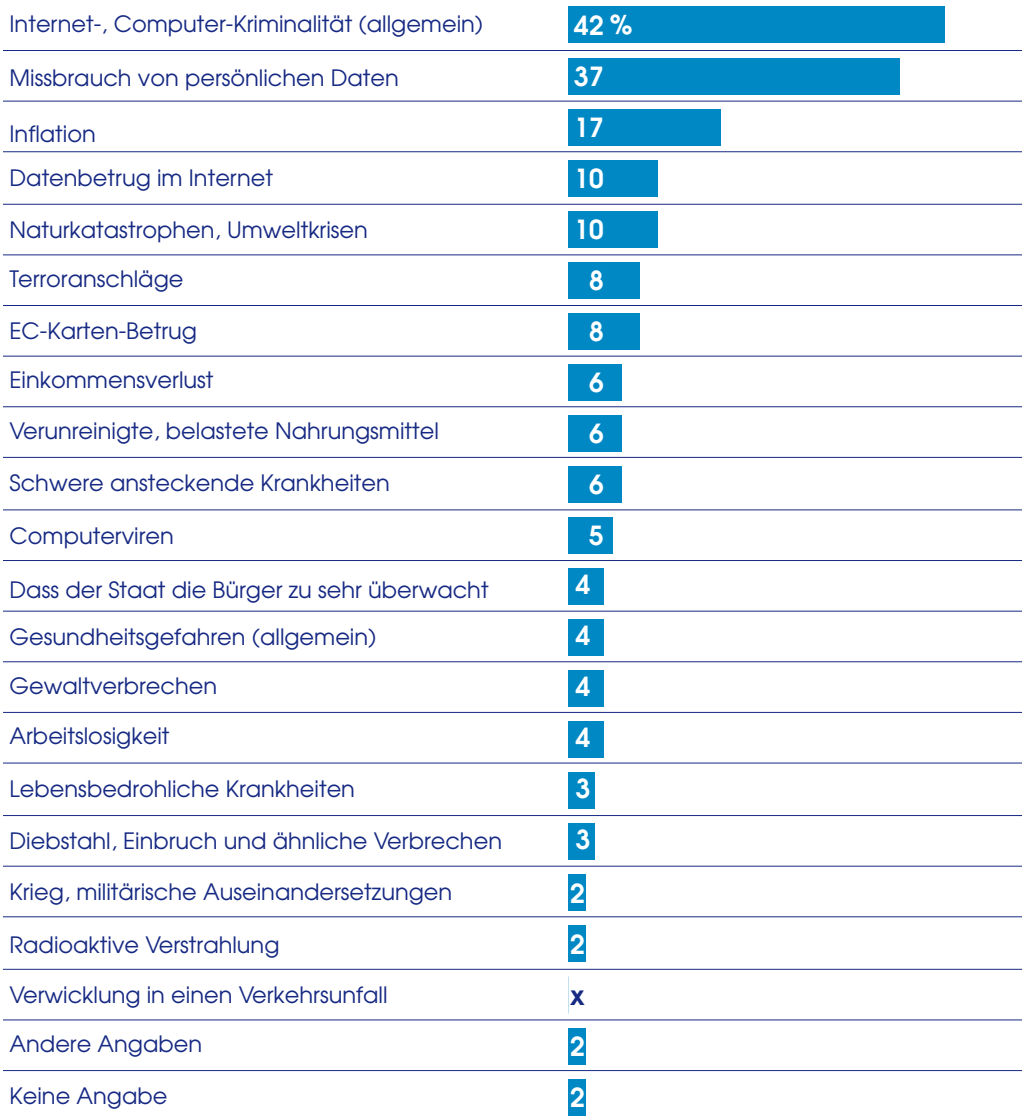
Die Entscheidungsträger messen im Vergleich zu anderen Risiken der Internet- und Computerkriminalität sowie dem Missbrauch persönlicher Daten erneut noch größere Bedeutung als zukünftige Gefährdungsquellen bei, als dies die Gesamtbevölkerung tut. Da die Abfrage zur zukünftigen Risikoentwicklung bei den Entscheidungsträgern als offene, ungestützte Frage (also ohne konkrete Antwortvorgaben) erfolgte, ist ein direkter Vergleich der absoluten Werte mit den Bevölkerungsergebnissen nicht möglich. Umso bemerkenswerter ist die Deutlichkeit, mit der Entscheidungsträger aus Wirtschaft wie Politik Internet- und IT-Risiken ganz spontan als herausragende Zukunftsgefahren benennen. 42 Prozent gehen davon aus, dass Internet- und Computerkriminalität generell zunehmen. 37 Prozent verweisen auf den Missbrauch persönlicher Daten als wachsende Gefahrenquelle, 10 Prozent auf den Datenbetrug im Internet. Computerviren benennen 5 Prozent spontan als größer werdende Gefahr. Unter den anderen Bereichen sehen die Entscheidungsträger mit 17 Prozent insbesondere eine steigende Inflation als Risiko für Deutschland an. Mit einer starken Zunahme von Verkehrsunfällen, Kriminalität, Verwicklung Deutschlands in militärische Auseinandersetzungen oder auch radioaktiver Verstrahlung rechnen offensichtlich nur wenige Entscheidungsträger (Schaubild L).

Schaubild L

Risiken, die aus Sicht von Entscheidern in Zukunft stark zunehmen werden

Frage: "Wie ist Ihre Einschätzung: Welche der genannten Risiken werden in Zukunft besonders stark zunehmen?" (Offene Ermittlung, ohne Antwortvorgaben)

Wird stark zunehmen –



x = unter 0,5 Prozent

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6220 (Juli 2011)

© IfD-Allensbach

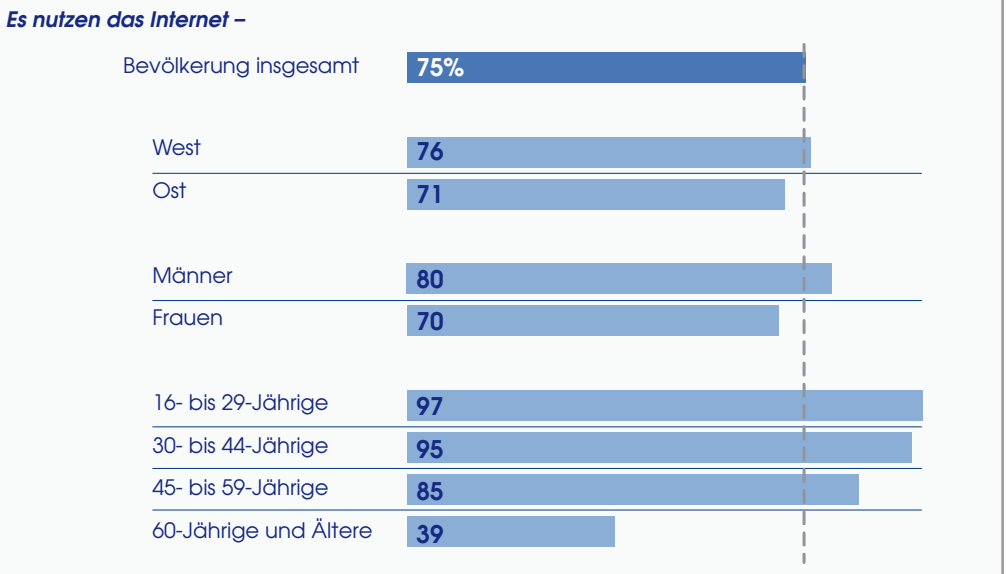
Das Internet als Gefahrenquelle aus Sicht der Bevölkerung

Das Internet ist mittlerweile für die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung ein fester Bestandteil ihres Alltags. Drei von vier Bürgern nutzen das Internet; 80 Prozent der Männer, 70 Prozent der Frauen. Für die junge Generation ist die Nutzung des Internets inzwischen selbstverständlich. So nutzen 97 Prozent der 16- bis 29-Jährigen das Internet, von den 30- bis 44-Jährigen sind es mit 95 Prozent kaum weniger. Lediglich von den 60-Jährigen und Älteren nutzt bislang erst eine Minderheit von 39 Prozent das Internet (Schaubild M).

Schaubild M

Das Internet ist inzwischen für die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung ein fester Bestandteil des Alltags

Frage: "Wie oft nutzen Sie das Internet? Würden Sie sagen mehrmals täglich, einmal am Tag, mehrmals in der Woche, einmal in der Woche, seltener, nie?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10075 (Juli 2011)

© IfD-Allensbach

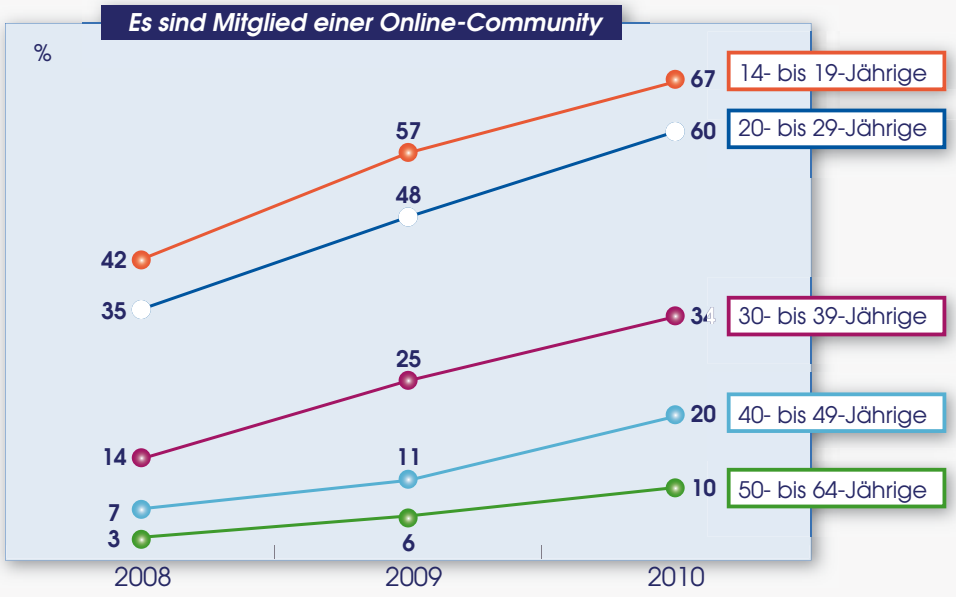
Die Mehrheit der Nutzer greift täglich auf das Internet zurück. In der jungen Generation ist nicht nur der Nutzerkreis größer, sondern auch die Nutzungsintensität höher: 58 Prozent der 16- bis 29-jährigen Internetnutzer gehen mehrmals am Tag ins Internet, von den 30- bis 44-Jährigen 45 Prozent, von den 60-jährigen und älteren Internetnutzern lediglich 27 Prozent.

Es nutzen das Internet:	Internetnutzer			
	16-29 Jahre %	30-44 Jahre %	45-59 Jahre %	60 Jahre und älter %
mehrmals täglich	58	45	32	27
einmal am Tag	17	23	24	20
mehrmals in der Woche	21	22	25	25
einmal in der Woche oder seltener	4	10	19	28
	100	100	100	100

Für die jüngere Generation hat das Internet als Kommunikations- und Unterhaltungsplattform einen ungleich höheren Stellenwert als für die ältere Bevölkerung. Entsprechend spielen soziale Online-Netzwerke in der jüngeren Generation eine ungleich größere Rolle als in der übrigen Bevölkerung. Inzwischen sind 67 Prozent der 14- bis 19-Jährigen und 60 Prozent der 20- bis 29-Jährigen Mitglied einer Community-Plattform wie Facebook, Google+ und/oder Xing. Auch bei den mittleren und älteren Jahrgängen wächst der Anteil der Nutzer stetig, so dass auch von den 30- bis 39-Jährigen bereits jeder Dritte, von den 50- bis 64-Jährigen immerhin jeder Zehnte bereits Mitglied einer Online-Community ist. Durch die wachsende Akzeptanz in der mittleren und älteren Generation, aber mittel- und langfristig auch durch das Hineinwachsen der jüngeren Generation in die mittleren Jahrgänge werden Online-Communities zunehmend fester Bestandteil der Internetaktivitäten der Bevölkerung (Schaubild N).

Schaubild N

Wachsende Bedeutung von Community-Plattformen



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung 14 bis 64 Jahre
Quelle: Allensbacher Computer- und Technik-Analysen, ACTA 2008 bis ACTA 2010

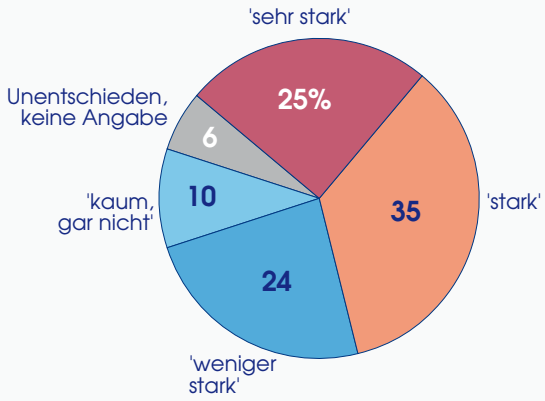
© IfD-Allensbach

Die Wirtschaft ist sich des Einflusses von sozialen Netzwerken auf das Verhältnis zwischen Unternehmen und Kunden sehr wohl bewusst. 60 Prozent der Führungskräfte gehen davon aus, dass sich die Beziehung der Unternehmen zu ihren Kunden durch soziale Netzwerke sehr stark oder stark verändern wird. Nur eine Minderheit von 34 Prozent glaubt, dass soziale Netzwerke nur wenig Einfluss auf das Verhältnis von Unternehmen zu ihren Kunden haben werden (Schaubild O).

Schaubild O

Soziale Netzwerke wie Facebook verändern das Verhältnis zwischen Unternehmen und Kunden stark

Frage: "Immer mehr Unternehmen sind in sozialen Netzwerken wie z.B. Facebook mit eigenen Profilen vertreten. Was meinen Sie: Wie stark verändern soziale Netzwerke das Verhältnis zwischen Unternehmen und Kunden?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Entscheidungsträger in der Wirtschaft
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6220 (Juli 2011)

© IfD-Allensbach

Bei allen Vorteilen, die das Internet bei Information, Kommunikation oder Einkäufen bietet, sieht die Bevölkerung auch vielfältige Gefahren, die vom Internet ausgehen können. Die größten Risiken des Internets sind aus Sicht der Bevölkerung

- Missbrauch durch Kriminelle,
- die Abhängigkeit vom Internet, dass bei einem Ausfall des Internets große Teile von Wirtschaft und Verwaltung lahmgelegt würden,
- der leichte Zugang zu problematischen Inhalten wie Gewaltdarstellungen und Pornographie,
- die Nutzung des Netzes zur Verbreitung von Botschaften radikaler oder terroristischer Gruppen und
- Probleme beim Umgang mit und Schutz von freiwillig veröffentlichten persönlichen Daten.

72 Prozent der Bevölkerung halten es für eine der größten Gefahren des Internets, dass persönliche Daten wie Bankverbindungen oder Kreditkartennummern von Kriminellen missbraucht werden, 60 Prozent, dass sich Betrüger unerlaubt Zugang zu fremden Computern verschaffen. Ebenfalls 60 Prozent rechnen zu den größten Risiken des Internets, dass Kriminelle über Chats und Foren relativ leicht Opfer finden können, 43 Prozent die Möglichkeit, sich über das Internet widerrechtlich Betriebsgeheimnisse und Firmendaten anzueignen. Computerviren werden von 44 Prozent als eine der Hauptgefahren des Internets angesehen.

Jeder zweite Bürger sieht in den Folgen eines möglichen Ausfalls der Infrastruktur „Internet“ für Wirtschaft und Verwaltung eines der größten Risiken, 40 Prozent in der generellen Abhängigkeit vom Internet bei der Erledigung alltäglicher Tätigkeiten.

Den leichten Zugang zu Gewaltvideos rechnen 50 Prozent der Bevölkerung zu den größten Risiken, den Zugang zu pornographischen Inhalten 42 Prozent. Dass das Internet von radikalen oder terroristischen Gruppen für die Verbreitung ihrer Propaganda genutzt werden kann, empfinden 48 Prozent der Bürger als besonders großes Risiko.

Als Risiko wird auch der Umgang mit persönlichen Daten gesehen: Jeweils 46 Prozent sehen in der eigenen, teilweise sorglosen Preisgabe persönlicher Informationen sowie dem „gläsernen“ Internetnutzer, also dass andere über einen selbst relativ einfach persönliche Informationen herausfinden können, eine der Hauptgefahren des Internets.

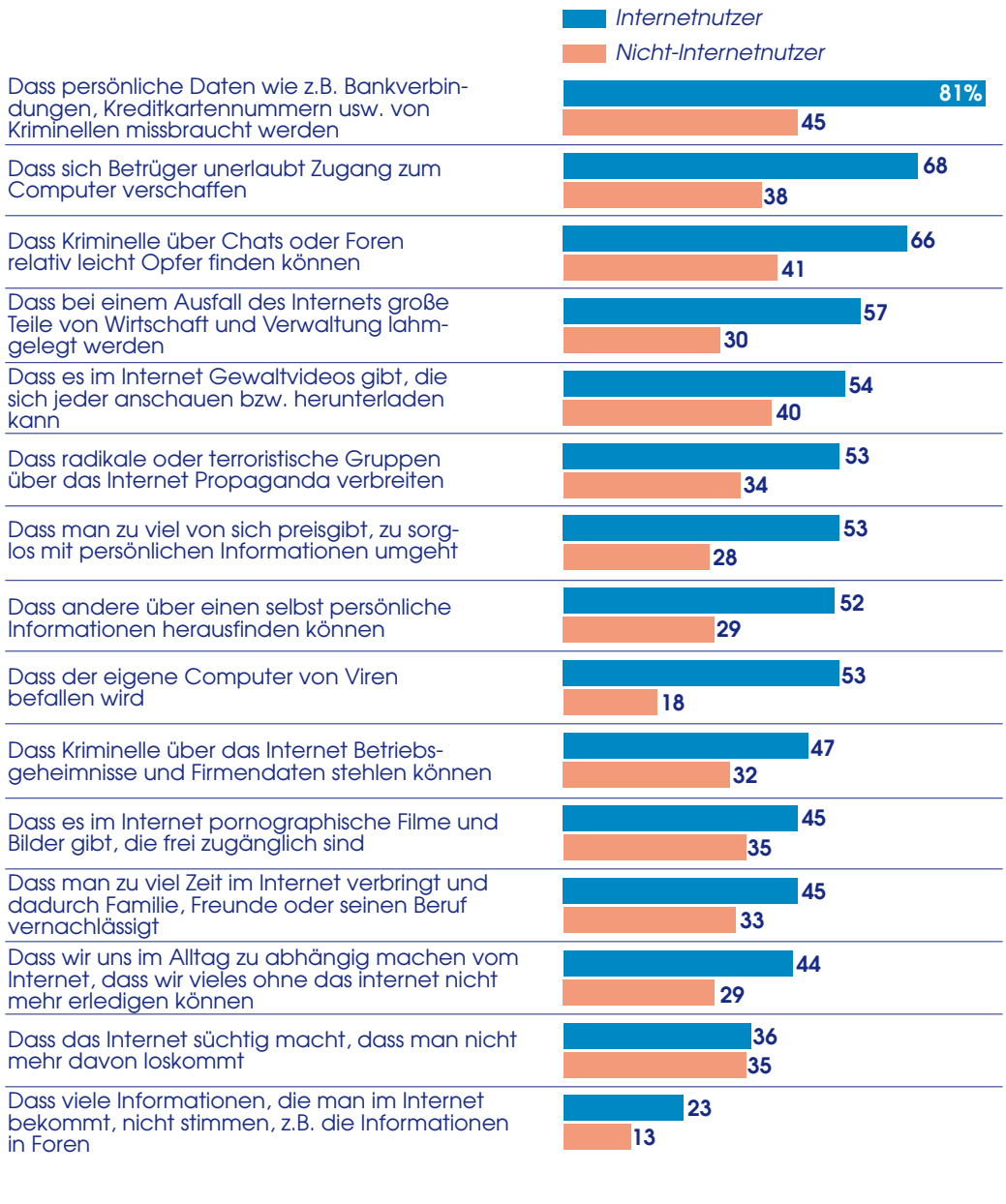
Auch Suchtgefahren werden von der Bevölkerung mit dem Internet in Verbindung gebracht. So sind 42 Prozent überzeugt, dass das Internet das Risiko birgt, so große Faszination auszuüben, dass darüber soziale Kontakte und Beruf vernachlässigt werden. 35 Prozent der Bevölkerung schreiben dem Internet sogar Suchtgefahr zu.

Im Vergleich zu Nicht-Internetnutzern bewerten Nutzer alle Gefahren als relevanter. Vor allem die individuellen Risiken, wie z. B. Datenmissbrauch durch Kriminelle, Computerviren sowie der Umgang mit persönlichen Informationen, stellen für sie deutlich häufiger eine Gefahrenquelle dar. Vier von fünf Internetnutzern sehen im Missbrauch persönlicher Daten durch Betrüger eines der Hauptrisiken des Internets, von den Nicht-Internetnutzern sehen diese Gefahr 45 Prozent. 53 Prozent der Internetnutzer, aber nur 18 Prozent der Nicht-Internetnutzer rechnen Computerviren zu den Hauptrisiken. Nicht-Internetnutzer verweisen dagegen häufig auf die leichte Zugänglichkeit zu bedenklichen Inhalten sowie die mögliche Vernachlässigung des eigenen sozialen Umfelds durch exzessive Internetnutzung bis hin zur Suchtgefahr (Schaubild P).

Schaubild P

Größte Gefahren des Internets aus Sicht der Internetnutzer und Nicht-Internetnutzer im Vergleich

Frage: "Was sind Ihrer Meinung nach die größten Gefahren, die vom Internet ausgehen? Bitte sagen Sie es mir nach dieser Liste." (Vorlage einer Liste, Mehrfachangaben)



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10075 (Juli 2011)

© IfD-Allensbach

Aber auch unter den Internetnutzern gibt es abhängig vom Alter der Nutzer unterschiedliche Einschätzungen der Relevanz bestimmter Gefahren. So rechnen jüngere Internetnutzer deutlich häufiger als ältere Nutzer die Gefährdung, die von Kriminellen in Chats und Foren ausgeht, sowie die sorglose Preisgabe und leichte Verfügbarkeit von persönlichen Informationen zu den größten Gefahren. 72 Prozent der 16- bis 29-jährigen Internetnutzer betrachten die Möglichkeit, dass Kriminelle über Chats oder Foren relativ leicht Opfer finden, als Risiko des World Wide Web, von den Über-60-Jährigen sagen dies 60 Prozent. Dass andere über einen selbst persönliche Informationen herausfinden können, sehen 60 Prozent der jüngeren und 42 Prozent der älteren Internetnutzer als Hauptrisiko. Ältere Internetnutzer betonen dagegen häufiger die hohe Internetabhängigkeit von Wirtschaft und Verwaltung: Fast zwei Drittel von ihnen sehen in einem möglichen Ausfall des Internets ein besonderes Risiko. Von den 16- bis 29-Jährigen rechnen dies 51 Prozent zu den Hauptrisiken.

	Internetnutzer			
Es sehen als größte Gefahren, die vom Internet ausgehen an ...	**16-29 Jahre %**	**30-44 Jahre %**	**45-59 Jahre %**	**60 Jahre und älter %**
... dass Kriminelle über Chats oder Foren relativ leicht Opfer finden können	**72**	**64**	**66**	**60**
... dass andere über einen selbst persönliche Informationen herausfinden können	**60**	**53**	**49**	**42**
... dass man zu viel von sich preisgibt, zu sorglos mit persönlichen Daten umgeht	**56**	**55**	**50**	**46**
... dass bei einem Ausfall des Internets große Teile von Wirtschaft und Verwaltung lahmgelegt sind	**51**	**54**	**62**	**64**

Persönlich haben die Internetnutzer allerdings nur mit wenigen der als besonders gravierend eingestuften Risiken bereits Erfahrungen gemacht. Die negativen Erfahrungen der Nutzer betreffen in erster Linie die Belästigung durch Spam-Mails sowie Erfahrungen mit Computerviren. 48 Prozent der Internetnutzer klagen, dass ihre E-Mail-Adresse mit Spam-Mails überschüttet wird; 20 Prozent, dass sie z. B. von anderen Nutzern bei sozialen Netzwerken mit E-Mails und anderen Nachrichten belästigt wurden. 39 Prozent waren schon von Computerviren betroffen.

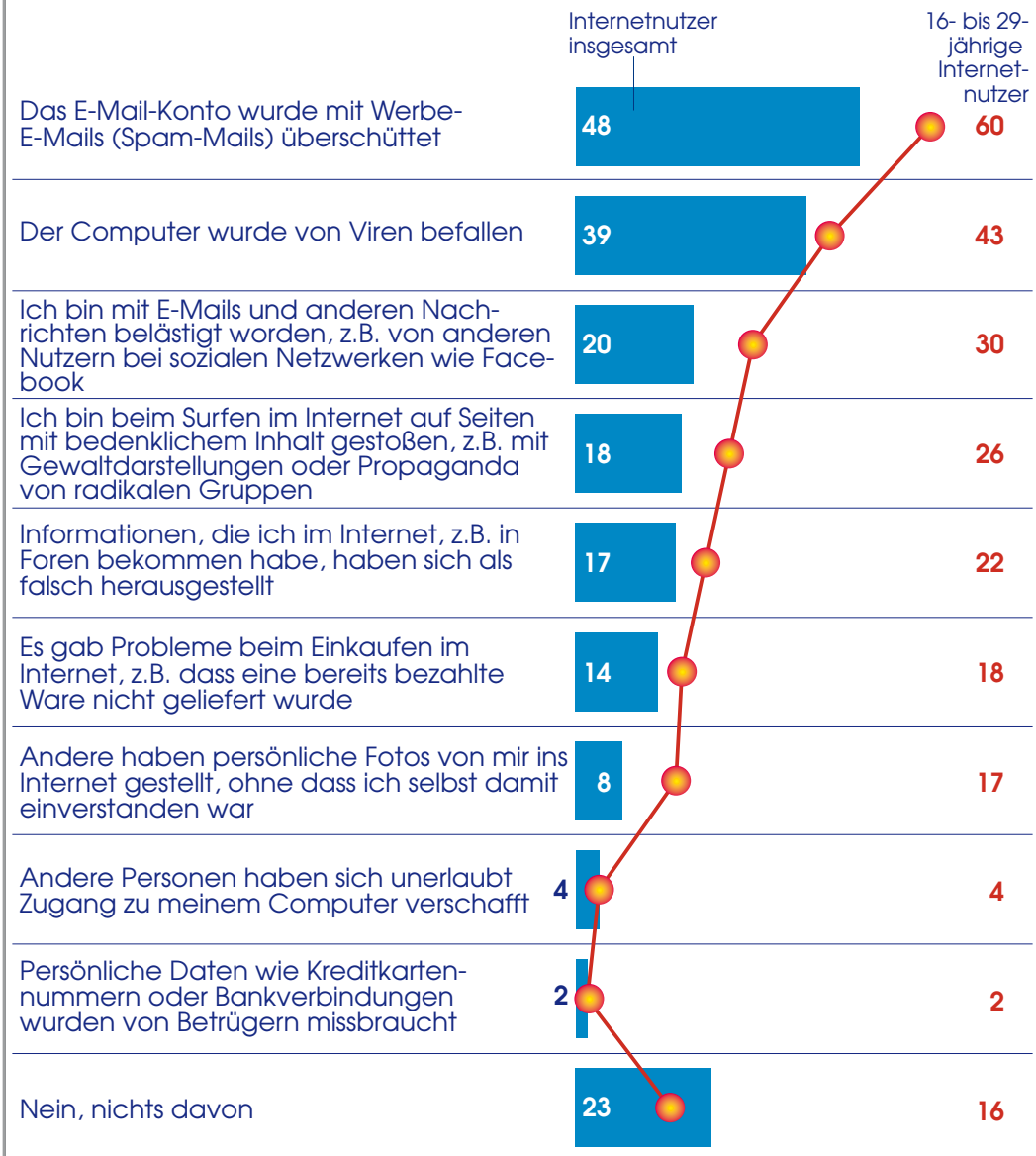
Der Anteil der Nutzer, die im Netz mit problematischen Inhalten in Kontakt gekommen sind, Opfer von Betrugsversuchen oder in ihren Persönlichkeitsrechten verletzt wurden, ist wesentlich kleiner. So sind 18 Prozent beim Surfen bereits auf Seiten mit bedenklichen Inhalten wie Gewaltdarstellungen oder Propaganda von radikalen Gruppen gestoßen. 14 Prozent der Internetnutzer hatten bereits Probleme beim Online-Shopping, z. B. dass bezahlte Ware nicht geliefert wurde. Von 8 Prozent wurden bereits persönliche Fotos ins Internet gestellt, ohne dass sie selbst damit einverstanden waren. 4 Prozent haben die Erfahrung gemacht, dass andere Personen sich unerlaubt Zugang zu ihrem Computer verschafft haben. 2 Prozent berichten davon, dass persönliche Daten wie Kreditkartennummern oder Bankverbindungen von Betrügern missbraucht wurden.

Jüngere Internetnutzer haben weitaus häufiger bereits schlechte Erfahrungen gemacht. Besonders die Verletzung von Persönlichkeitsrechten, indem andere persönliche Fotos von ihnen ohne Zustimmung ins Internet gestellt haben, kommt bei 16- bis 29-Jährigen mit 17 Prozent deutlich häufiger vor als beim Durchschnitt der Internetnutzer (Schaubild Q).

Schaubild Q

Schlechte Erfahrungen im Internet

Frage: "Im Internet kann man ja auch schlechte Erfahrungen machen. Hier ist einmal einiges aufgeschrieben, was anderen Internetnutzern im Zusammenhang mit dem Internet passiert ist. Ist darunter etwas, das auch Ihnen so oder ähnlich schon passiert ist?" (Vorlage einer Liste, Mehrfachangaben)



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Internetnutzer ab 16 Jahre

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10075 (Juli 2011)

© IfD-Allensbach

Angesichts der Risiken verzichten viele Internetnutzer bewusst auf bestimmte Funktionen, die das Internet bietet. Selbstbeschränkungen nehmen die Verbraucher insbesondere beim Online-Shopping und Online-Banking vor. 46 Prozent der Internetnutzer verzichten auf bestimmte Bezahlmethoden, 38 Prozent aufs Online-Banking, 34 Prozent auf den Online-Einkauf bei weniger bekannten Händlern und Geschäften. 16 Prozent verzichten generell aufs Online-Shopping. Am wenigsten wird mit 14 Prozent auf die Online-Buchung von Hotels, Reisen, Bahn- oder Flugtickets verzichtet.

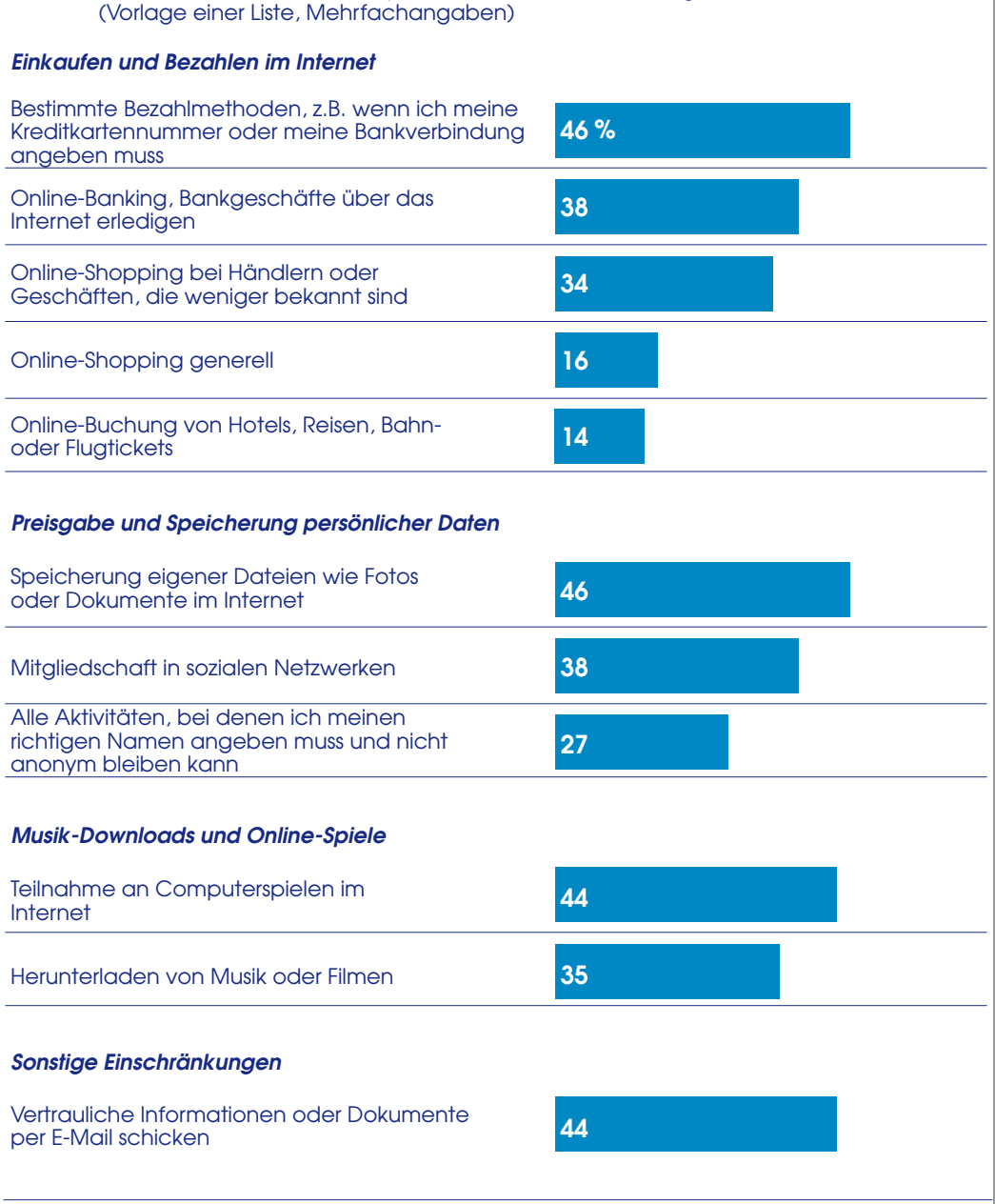
Auch die Speicherung oder Veröffentlichung von persönlichen Daten im Internet unterlassen viele aus Sicherheitsgründen. 46 Prozent der Internetnutzer speichern keine eigenen Dateien wie Fotos oder Dokumente im Internet, 38 Prozent verzichten auf die Mitgliedschaft in sozialen Netzwerken. 27 Prozent meiden alle Aktivitäten, bei denen man seine Anonymität aufgeben muss.

Auf die Teilnahme an Online-Computerspielen und das Herunterladen von Musik und Filmen verzichten 44 bzw. 35 Prozent. Vertrauliche Informationen verschicken 44 Prozent nicht per E-Mail (Schaubild R).

Schaubild R

Internetanwendungen, auf die Nutzer aus Sicherheitsbedenken bewusst verzichten

Frage: "Gibt es Aktivitäten, auf die Sie im Internet bewusst verzichten, weil Sie Sicherheitsbedenken haben oder Ihre persönlichen Daten nicht angeben möchten?" (Vorlage einer Liste, Mehrfachangaben)



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Internetnutzer ab 16 Jahre, Zuordnung der Items auf Basis einer Faktorenanalyse (Faktorladung >.45)
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10075 (Juli 2011)

© IfD-Allensbach

Jüngere Internetnutzer sind vielfach seltener als ältere Nutzer bereit, ihren Aktivitätsradius im Internet aus Sicherheitsgründen einzuschränken. So verzichtet gut jeder Zweite der über-45-jährigen Internetnutzer auf die Speicherung eigener Dateien wie Fotos oder Dokumente im Internet sowie darauf, vertrauliche Informationen oder Dokumente per E-Mail zu schicken. Von den 16- bis 29-jährigen Internutzern tun dies dagegen nur gut ein Drittel. Auch auf die Mitgliedschaft bei (bestimmten) sozialen Netzwerken im Internet verzichten mehr als 40 Prozent der Über-30-Jährigen, von den 16- bis 29-jährigen Internutzern nur etwa jeder Fünfte. Auch beim Online-Banking sowie Online-Shopping sind die selbstauferlegten Einschränkungen sichtlich altersgebunden.

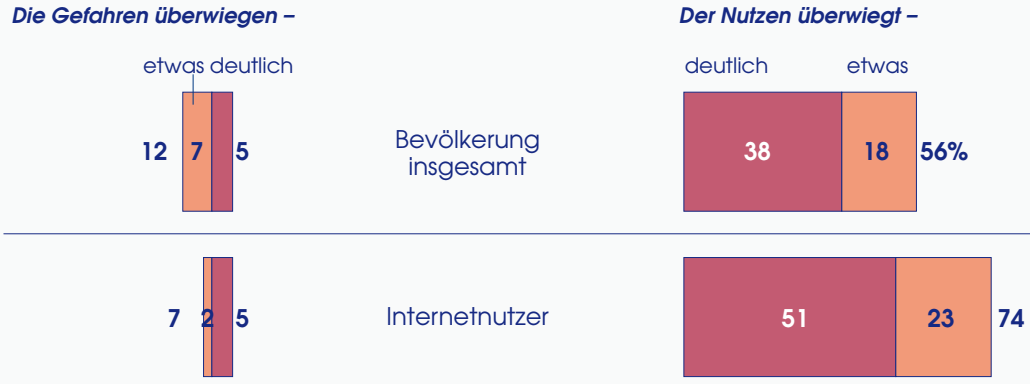
	Internetnutzer			
Es verzichten aufgrund von Sicherheitsbedenken bewusst auf:	**16-29 Jahre %**	**30-44 Jahre %**	**45-59 Jahre %**	**60 Jahre und älter %**
Speicherung eigener Dateien wie Fotos oder Dokumente im Internet	**35**	**46**	**50**	**54**
vertrauliche Informationen oder Dokumente per E-Mail schicken	**34**	**41**	**50**	**53**
Mitgliedschaft in sozialen Netzwerken	**19**	**42**	**46**	**47**
Online-Banking	**34**	**33**	**44**	**44**
Online-Shopping generell	**11**	**10**	**19**	**28**

Die Risiken und mitunter schlechten Erfahrungen, die Nutzer mit dem Internet verbinden, dürfen nicht den Blick dafür verstellen, dass eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung wie der Internetnutzer davon überzeugt ist, dass der Nutzen des Internets ‚deutlich' oder zumindest ‚etwas' gegenüber den Risiken überwiegt. Insgesamt 56 Prozent der Bevölkerung bzw. 74 Prozent der Internetnutzer ziehen eine alles in allem positive Bilanz. Lediglich 12 Prozent der Bevölkerung bzw. 7 Prozent der Internutzer sind der Auffassung, dass das Internet mehr Gefahren als Nutzen mit sich bringt (Schaubild S).

Schaubild S

Das Internet bringt aus Sicht der Bevölkerung deutlich mehr Nutzen als Risiken

Frage: "Einmal ganz allgemein gefragt: Wenn Sie an das Internet denken, was überwiegt da in Ihren Augen: Der Nutzen, den das Internet bietet, oder die Gefahren, die mit dem Internet verbunden sind?"



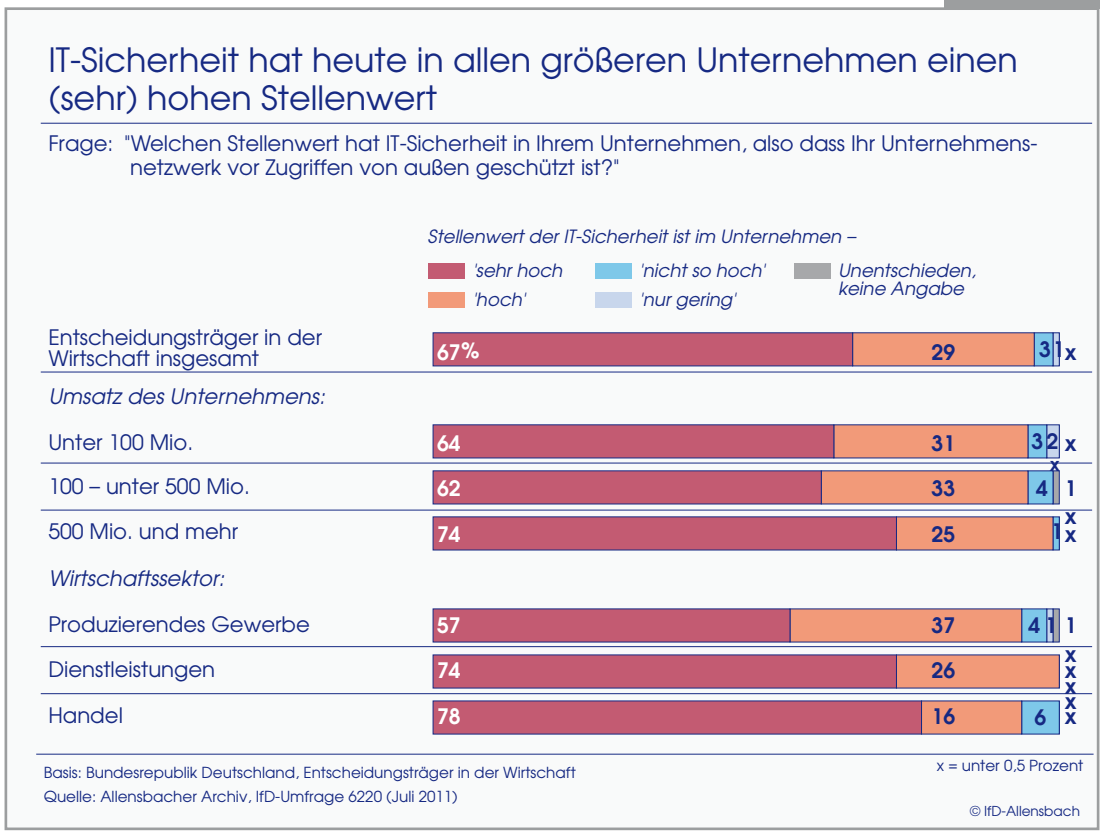
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10055 (Mai 2010)

© IfD-Allensbach

IT-Sicherheit als zunehmend brisantes Thema für Unternehmen

In fast alle großen Unternehmen hat IT-Sicherheit heute einen hohen Stellenwert. Zwei Drittel (67 Prozent) der Entscheidungsträger in der Wirtschaft messen dem Schutz des eigenen Unternehmensnetzwerkes vor unerlaubten Zugriffen von außen einen sehr hohen, weitere 29 Prozent einen hohen Stellenwert bei. Insbesondere im Dienstleistungs- und Handelssektor hat die IT-Sicherheit mit 74 bzw. 78 Prozent einen sehr hohen Stellenwert (Schaubild T).

Schaubild T

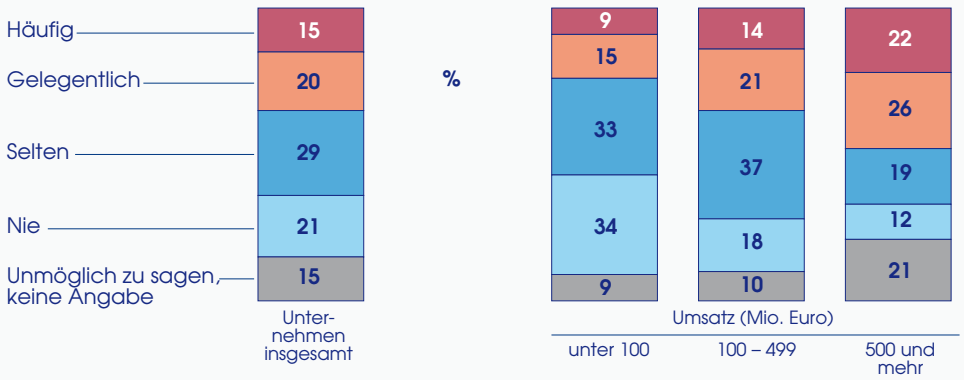


Rund zwei Drittel der deutschen Unternehmen berichten über IT-Angriffe von außen. 15 Prozent der Führungskräfte aus der Wirtschaft geben zu Protokoll, dass ‚häufig', weitere 20 Prozent, dass zumindest ‚gelegentlich' versucht wird, ihr Unternehmen auszuspionieren oder zu schädigen. Die Häufigkeit der Angriffe ist stark abhängig von der Größe des Unternehmens. Unternehmen mit weniger als 100 Millionen Euro Umsatz berichten zu 24 Prozent von häufigen oder gelegentlichen Angriffen, bei Unternehmen mit einem Jahresumsatz über 500 Millionen Euro ist es dagegen fast die Hälfte (Schaubild U).

Schaubild U

Deutsche Unternehmen als Ziel von IT-Angriffen

Frage: "Wie häufig ist Ihr Unternehmen IT-Angriffen ausgesetzt, durch die Ihr Unternehmen ausspioniert oder geschädigt werden soll? Kommt das bei Ihnen häufig, gelegentlich, selten oder nie vor?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Entscheidungsträger in der Wirtschaft

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6220 (Juli 2011)

© IfD-Allensbach

Die Häufigkeit der IT-Angriffe hat deutlichen Einfluss auf den Stellenwert, den Führungskräfte der IT-Sicherheit im eigenen Unternehmen beimessen. 79 Prozent der Unternehmen, die häufig oder gelegentlich IT-Angriffen ausgesetzt sind, räumen der IT-Sicherheit einen sehr hohen Stellenwert im eigenen Unternehmen ein. Aber auch in Unternehmen, die bisher selten oder nie Opfer solcher Angriffe gewesen sind, hat IT-Sicherheit häufig einen sehr hohen Stellenwert (57 Prozent).

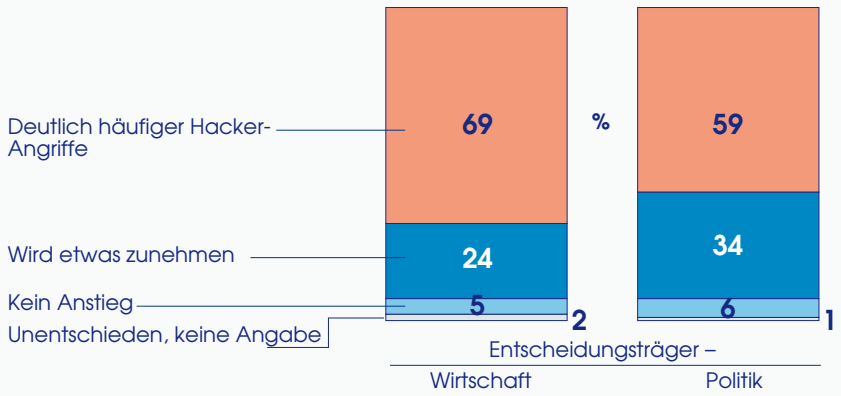
	Entscheidungsträger aus der Wirtschaft, deren Unternehmen IT-Angriffen ausgesetzt sind	
	häufig/gelegentlich %	selten/nie %
Die IT-Sicherheit im eigenen Unternehmen hat einen ...		
... sehr hohen Stellenwert	79	57
... hohen Stellenwert	20	37
... nicht so hohen Stellenwert	1	4
... nur einen geringen Stellenwert	–	1
Unentschieden, keine Angabe	–	1

Weitgehende Einigkeit besteht unter Entscheidungsträgern aus Politik und Wirtschaft, dass in Zukunft mit mehr Hacker-Angriffen auf deutsche Behörden und Unternehmen zu rechnen ist: 69 Prozent der Führungskräfte aus der Wirtschaft und 59 Prozent der Abgeordneten rechnen damit, dass solche Hacker-Angriffe deutlich zunehmen, weitere 24 bzw. 34 Prozent, dass sie zumindest etwas zunehmen werden (Schaubild V).

Schaubild V

In Zukunft werden deutlich mehr Hacker-Angriffe erwartet

Frage: "Wie sehen Sie das für die Zukunft: Wird es deutlich häufiger zu Hacker-Angriffen auf deutsche Behörden und Unternehmen kommen als zurzeit, oder werden solche Hacker-Angriffe etwas zunehmen, oder rechnen Sie gar nicht mit einem Anstieg?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Entscheidungsträger aus Wirtschaft und Politik
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6220 (Juli 2011)

© IfD-Allensbach

Die bisherigen Erfahrungen mit IT-Angriffen haben erkennbar Einfluss auf die Einschätzung der zukünftigen Entwicklung von Hacker-Angriffen. So gehen 76 Prozent der Führungskräfte aus Unternehmen, die bereits heute häufig oder gelegentlich IT-Angriffen ausgesetzt sind, von einer Zunahme der Hacker-Angriffe aus. Aber auch von den Führungskräften aus Unternehmen, die bislang selten oder nie Ziel von IT-Angriffen waren, erwarten 63 Prozent eine deutliche Zunahme.

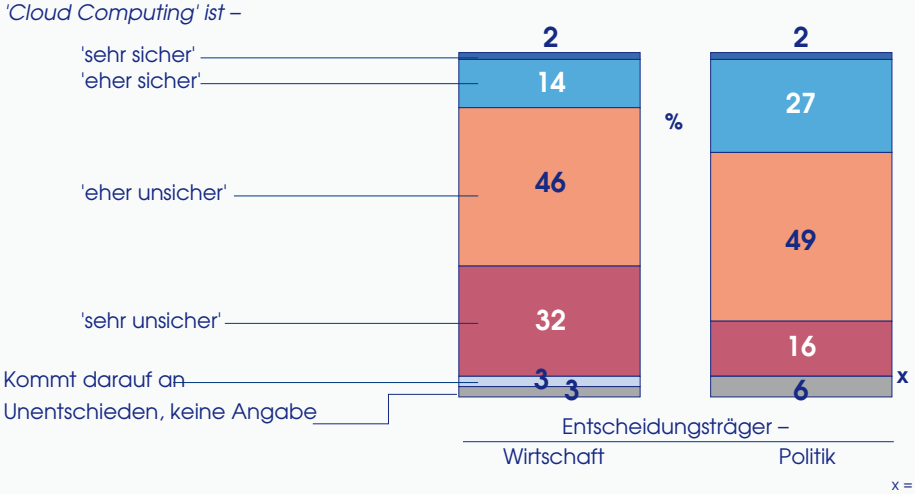
	Entscheidungsträger aus der Wirtschaft, deren Unternehmen IT-Angriffen ausgesetzt sind	
	häufig/gelegentlich %	selten/nie %
Hacker-Angriffe auf deutsche Behörden und Unternehmen werden in Zukunft ...		
... deutlich häufiger	76	63
... etwas zunehmen	23	25
... nicht ansteigen	–	9
Unentschieden, keine Angabe	1	3

Gegenüber dem „Cloud Computing“, der Möglichkeit, eigene Daten und Programme extern im Internet statt auf dem eigenen Computer oder Firmenserver zu speichern, bestehen erhebliche Sicherheitsbedenken. Von den Entscheidungsträgern in der Wirtschaft halten diese Art der Datenverarbeitung nur 2 Prozent für ‚sehr sicher‘, 14 Prozent für ‚eher sicher‘. Die überwiegende Mehrheit hält das Cloud Computing dagegen für ‚eher unsicher‘ (46 Prozent) oder ‚sehr unsicher‘ (32 Prozent). Entscheidungsträger aus der Politik sehen das Cloud Computing etwas positiver, wenngleich auch bei ihnen Sicherheitsbedenken überwiegen (Schaubild W).

Schaubild W

Verbreitet Zweifel an der Sicherheit von 'Cloud Computing'

Frage: "Es gibt ja die Möglichkeit, eigene Daten und Programme im Internet zu speichern, statt auf dem eigenen Computer oder Firmenserver. Für wie sicher halten Sie diese Art der Datenverarbeitung, das sogenannte 'Cloud Computing'? Halten Sie das für ..."



x = unter 0,5 Prozent

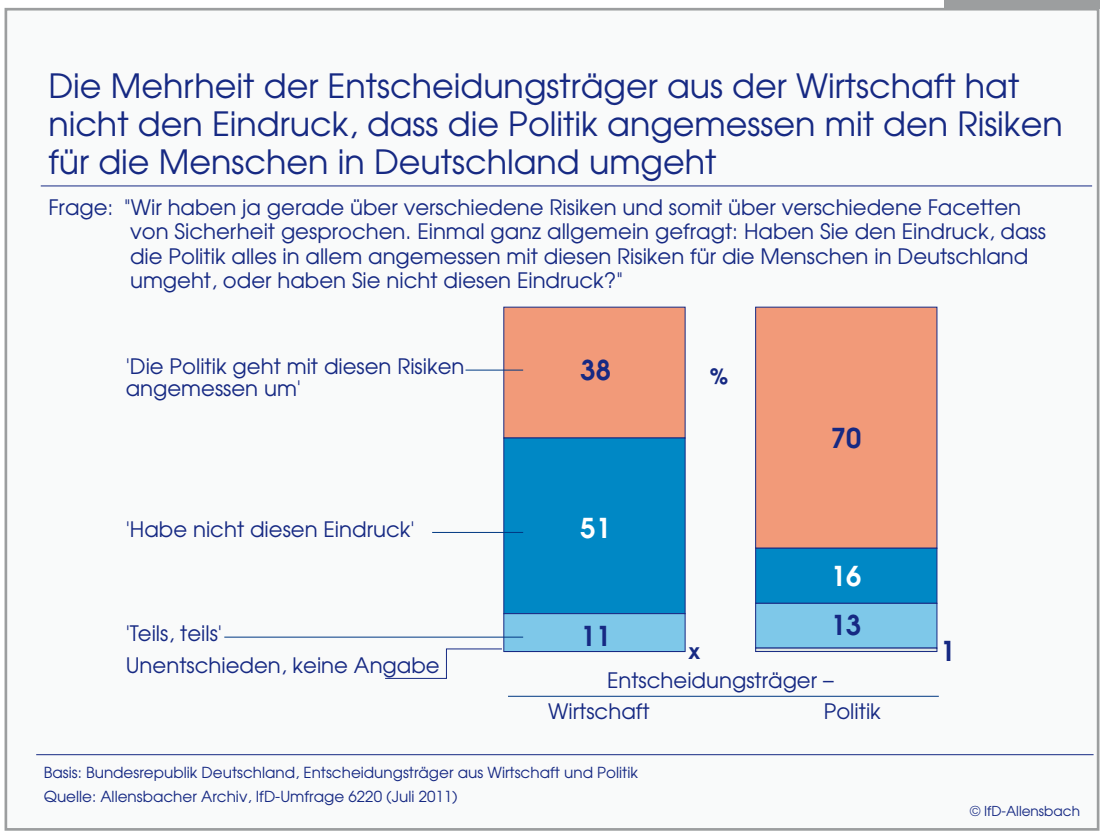
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Entscheidungsträger aus Wirtschaft und Politik
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6220 (Juli 2011)

© IfD-Allensbach

Schutz vor Cyber-Kriminalität als Herausforderung für die Politik

In der Bewertung, wieweit die Politik angemessen mit den Risiken für die Menschen in Deutschland umgeht, unterscheiden sich die Einschätzungen von Führungskräften aus der Wirtschaft und Abgeordneten erheblich. Während eine Mehrheit (51 Prozent) der Entscheidungsträger aus der Wirtschaft nicht den Eindruck hat, dass die Politik angemessen mit den Risiken umgeht, sehen dies die Abgeordneten deutlich anders. Von ihnen bewerten 70 Prozent den Umgang der Politik mit den Risiken als angemessen (Schaubild X).

Schaubild X

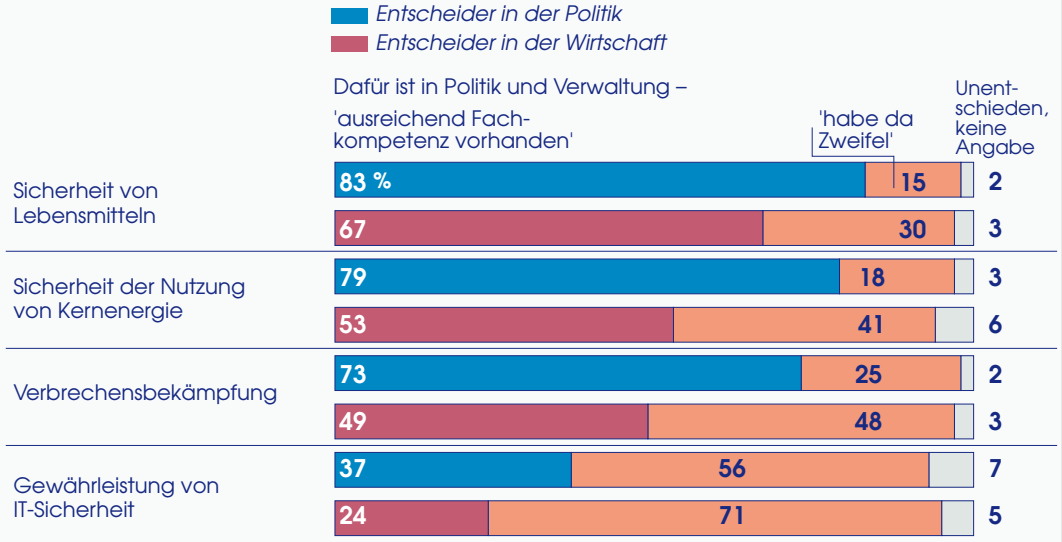


Um angemessen auf Risiken reagieren zu können, bedarf es bei Gesetzgeber wie Verwaltung ausreichender Fachkompetenz, um Risiken einschätzen, adäquate Handlungsstrategien ableiten und diese auch effektiv umsetzen zu können. Die Entscheidungsträger bewerten diese Fachkompetenz von Politik und Verwaltung je nach Sicherheitsbereich sehr unterschiedlich. Besonders groß ist die Überzeugung, dass Legislative und Exekutive über ausreichende Fachkompetenz verfügen, mit 73 Prozent im Bereich der Lebensmittelsicherheit. Nur weniger als ein Viertel (24 Prozent) der Entscheidungsträger zweifelt hier am staatlichen Know-how. Auch bei der Sicherheit der Nutzung der Kernenergie und der Verbrechensbekämpfung überwiegt die positive Bewertung der Kompetenz von Politik und Verwaltung. Ganz anders dagegen bei der Gewährleistung von IT-Sicherheit: Nur 28 Prozent können hier ausreichende Fachkompetenz erkennen, zwei Drittel zweifeln daran.

Generell bewerten die Führungskräfte aus der Wirtschaft die Kompetenz von Politik und Verwaltung kritischer als die befragten Abgeordneten. Dies zeigt sich weniger bei der Gewährleistung von Lebensmittelsicherheit als bei der Sicherheit der Kernenergienutzung und bei der Verbrechensbekämpfung. Bei der Gewährleistung von IT-Sicherheit schließlich gibt es nicht nur bei den Führungskräften aus der Wirtschaft, sondern auch bei den Abgeordneten erhebliche Zweifel an der vorhandenen Fachkompetenz: 56 Prozent der Abgeordneten und 71 Prozent der Führungskräfte aus der Wirtschaft vermissen hier ausreichendes Know-how in Politik und Verwaltung (Schaubild Y).

Schaubild Y

Entscheider aus der Wirtschaft zweifeln stärker an der Fachkompetenz von Politik und Verwaltung, vor allem bei der IT-Sicherheit und Verbrechensbekämpfung



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6220 (Juli 2011)

© IfD-Allensbach

Bei den von den Befragten spontan genannten Bereichen, in denen die Politik aktiv werden sollte, um mehr Sicherheit zu gewährleisten, stehen erneut die Verbesserung von Datenschutz und Datensicherheit (23 Prozent) sowie das Vorgehen gegen Internet-Kriminalität (19 Prozent) im Vordergrund. Aber auch die Bekämpfung der „klassischen" Kriminalität, z. B. durch mehr Polizeipräsenz oder eine bessere Ausstattung der Sicherheitsbehörden, wird von immerhin 15 Prozent der Entscheider genannt. Mit deutlichem Abstand folgt der Bereich der Nahrungsmittelsicherheit (7 Prozent). Die Sicherstellung von Währungsstabilität und die Bekämpfung der Inflation werden von 6 Prozent gefordert, Maßnahmen zur Terrorbekämpfung von 5 Prozent. Zusätzliche Maßnahmen in anderen Sicherheitsbereichen wurden – zumindest spontan – nur von wenigen Entscheidungsträgern erwähnt (Schaubild Z).

Schaubild Z

Wo die Politik aus Sicht der Entscheider aktiv werden sollte, um mehr Sicherheit zu gewährleisten

Frage: "Gibt es beim Thema Sicherheit Bereiche, in denen die Politik etwas verändern sollte, in denen sie aktiv werden sollte?" (Offene Ermittlung, ohne Antwortvorgaben)

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6220 (Juli 2011)

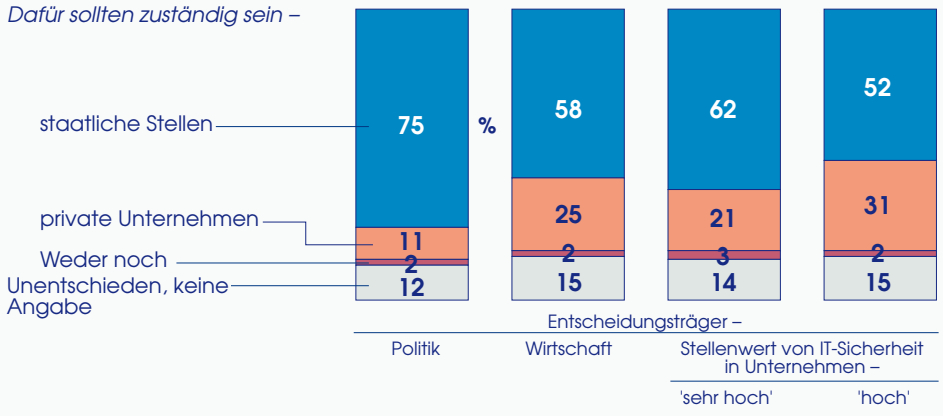
© IfD-Allensbach

Wie wichtig es ist, dass der Staat über ausreichend Kompetenz bei der Gewährleistung von IT-Sicherheit verfügt, wird auch daran erkennbar, welche Aufgaben die Entscheidungsträger staatlichen Stellen zuschreiben. So plädieren 75 Prozent der Abgeordneten und 58 Prozent der Führungskräfte aus der Wirtschaft für eine Zuständigkeit staatlicher Stellen, wenn es darum geht, die Funktionsfähigkeit der Kommunikations- und Datenübertragungsnetze in Deutschland sicherzustellen. Von den Entscheidungsträgern in der Wirtschaft sprechen sich insbesondere diejenigen, für die die IT-Sicherheit im eigenen Unternehmen einen sehr hohen Stellenwert hat, für eine staatliche Zuständigkeit aus (Schaubild ZZ).

Schaubild ZZ

Die Mehrheit der Entscheider plädiert für eine Zuständigkeit staatlicher Stellen für die Sicherung der Funktionstüchtigkeit der Kommunikations- und Datenübertragungsnetze in Deutschland

Frage: "Wer sollte Ihrer Meinung nach in erster Linie dafür zuständig sein, die Funktionsfähigkeit der Kommunikations- und Datenübertragungsnetze in Deutschland sicherzustellen und gegen Cyber-Angriffe zu verteidigen: staatliche Stellen oder private Unternehmen?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Entscheidungsträger aus Wirtschaft und Politik
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6220 (Juli 2011)

© IfD-Allensbach

Studiendesign im Überblick

1. Bevölkerungsrepräsentative Befragung

Stichprobe: 1.751 Personen, repräsentativ für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahren

Methode: persönlich-mündliche (face-to-face-) Interviews

Befragungszeitraum: 2. bis 15. Juli 2011

2. Repräsentative Befragung von Entscheidungsträgern aus Wirtschaft und Politik

Stichprobe:

a) 122 Abgeordnete, davon
46 Bundestagsabgeordnete,
61 Landtagsabgeordnete und
15 deutsche Abgeordnete im EU-Parlament

b) 208 Führungskräfte aus großen Unternehmen, davon
143 Inhaber, Geschäftsführer oder Vorstände und
65 andere Führungskräfte (z. B. Bereichsleiter)

Als Großunternehmen gelten gemäß der Definition der EU-Kommission Unternehmen mit mindestens 250 Beschäftigten und/oder mehr als 50 Millionen Euro Jahresumsatz.

Methode: Telefonische Interviews

Befragungszeitraum: 22. Juni bis 22. Juli 2011